

## Was die Massen Medien verschweigen:

### Hintergründe des sog. Börsencrash

#### Inhalt:

- „Staatsstreich mit Plan P“. von Winfried Wolf 24.09.2008 / Junge Welt
- „Neues Rettungspaket des Senats Die US-Demokraten geben der Wall Street nach“. Von Barry Grey, 7. Oktober 2008 von WSWS
- Dokumentation: “Text of Draft Proposal for Bailout Plan” Washington Post Published: September 20, 2008
- „Ehrenwerte“ Geschäfte. Was der Kollaps des Finanzsystems über den Reichtum der kapitalistischen Nation lehrt. Von Peter Decker 29.09.2008 / [www.JungeWelt.de](http://www.JungeWelt.de)
- Paulsons Rettungsaktion für die Banken: Der größte Betrug aller Zeiten Von John Hoefle. Aus der *Neuen Solidarität* Nr. 40/2008
- „Finanzcrash setzt sich fort. Eine Zwischenbilanz der weltweiten Krise mit drei Lehren“. Von Winfried Wolf 26.09.2008 / [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)
- **„Der finanzielle Reichstagsbrand: Chronologie eines kalten Staatsstreichs durch eine inszenierte Kris“e Daniel Neun 7. Oktober 2008, Quelle: <http://www.radio-utopie.de/2008/10/07/der-finanzielle-reichstagsbrand-chronologie-eines-kalten-staatsstreichs-durch-eine-inszenierte-krise/>**
- „Milliarden zusätzliche Dollar. Zentralbanken fluten Märkte mit Geld“ [tagesschau.de](http://tagesschau.de), 26.09.08
- „Armee stationiert Kampftruppen in den USA gegen zivile Unruhen“. Von Bill von Auken. 30 September 2008
- „Schäuble setzt sich durch. Bundeswehr gegen den inneren Feind“. Taz, 05.10.2008
- „FBI mit neuen Richtlinien USA: Rassistischer Polizeistaat festgeschrieben. »Ethnischer Hintergrund« genügt für Ermittlung“. Von Rainer Rupp, 09.10.2008 / [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)
- USA: China darf sich irakisches Öl sichern. [www.zeit-fragen.de](http://www.zeit-fragen.de) 15.08.08

**Zusammengestellt von Ottmar Lattorf**

Okt.2008

# Staatsstreich mit Plan P

Von Winfried Wolf

24.09.2008 / Junge Welt



Entscheidungen unterliegen der Geheimhaltung  
– US-Finanzminister Paulson

Foto: AP

**Noch in dieser Woche (22.-27. 09.2008) soll im US-Kongreß ein Gesetz beschlossen werden, das nach außen als »Plan zur Rettung des Finanzsystems« verkauft wird. In Wirklichkeit handelt es sich um eine der größten Vermögensumverteilungen in der Wirtschaftsgeschichte – zugunsten des Finanzsektors, zu Lasten der Steuerzahlenden und der Bevölkerung. Wenn dieses Gesetz wie absehbar mit einigen Änderungen beschlossen wird, dann kommt dies einem kalten Staatsstreich gleich. US-Finanzminister Henry Paulson wird mit seinem »Plan P« zum Finanzdiktator.**

In dem Entwurf für das Gesetz heißt es in »Section 2«: »Der Minister ist ermächtigt, Hypothekenbezogene Wertpapiere von jedem denkbaren Finanzinstitut, das sein Hauptquartier in den USA hat, zu Bedingungen, die das Finanzministerium festlegt, zu kaufen.« Diese Käufe können in einem Umfang und Maß stattfinden, »wie das Finanzministerium dies für erforderlich hält«, wobei es dafür »keinerlei Beschränkungen gibt«. Die allgemein verbreitete Behauptung, es gehe um 700 Milliarden US-Dollar, ist irreführend, im Text steht explizit »without limitation«. In »Section 8« wird die Aufhebung der Demokratie auf den Punkt gebracht: »Entscheidungen des Finanzministeriums in Verfolgung dieses Gesetzes (...) unterliegen der Geheimhaltung. Sie können von keinem Gericht und von keiner Regierungsbehörde angefochten werden.«

US-Präsident George W. Bush erklärte, er mache damit Minister Paulson, früher Chef der Investmentbank Goldman Sachs und ein Mann mit einem privaten Vermögen in Höhe von 600 Millionen US-Dollar, zu seinem »wartime general«, zu seinem »General in Kriegszeiten«. Die Formulierung trifft den Nagel auf den Kopf. Erstens wird General Paulson (bzw. sein Nachfolger im Amt) damit, wie das Wall Street Journal schreibt, »zum Diktator des US-Finanzsystems«. Er als Person bestimmt über eine grundlegende Neuordnung dieses Sektors und über die gewaltige Umverteilung. Zum zweiten ist das Gesetz Ausdruck eines Wirtschaftskriegs. Dieser richtet sich einerseits nach außen: Die dann deutlich von Schulden entlasteten US-Finanzinstitute erhalten damit einen enormen Vorteil gegenüber der internationalen Konkurrenz. Es handelt sich aber andererseits vor allem um einen nach innen gerichteten Krieg. Es kommt zu einer gigantischen

Umverteilung von unten nach oben. Mindestens 700 Milliarden – am Ende wohl 1000 und mehr Milliarden – US-Dollar sollen wenigen Banken zufließen. Der Staat nimmt den Banken ihre faulen Kredite ab, die sie durch ebenso riskante wie profitable Geschäfte aufgetürmt hatten. Diesen wird mit Plan P im Kasinokapitalismus signalisiert: »Faites votre jeu – Machen Sie Ihr Spiel!«

Doch der Vermögenszuwachs der Finanzinstitute kommt nicht aus dem Nichts. Er wird vielmehr überwiegend von der Bevölkerung bezahlt. Sei es über höhere Steuern, sei es über weiter reduzierte Ausgaben für Soziales, Bildung, Gesundheit, sei es in Form einer Inflation. Michael

Hudson vom US-Blatt Counterpunch zog die folgende Bilanz: »Dies ist der größte ... Vermögenstransfer in der US-Geschichte seit den gigantischen Landschenkungen an die Eisenbahnen während des amerikanischen Bürgerkriegs.«

Dabei ist Plan P keineswegs alternativlos. Natürlich könne der Staat den Pleitebanken den Tausch von faulen Krediten gegen Eigentumsrechte anbieten. Das käme einer weitgehenden Verstaatlichung des Bankensektors gleich. Doch das hieße ja, daß der Staat eine neutrale Instanz wäre, und kein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Herrschenden.

## Neues Rettungspaket des Senats

### ***Die US-Demokraten geben der Wall Street nach***

*Von Barry Grey*

*7. Oktober 2008*

aus dem Englischen (3. Oktober 2008)

**Am Mittwoch verabschiedete der US-Senat einen überarbeiteten Gesetzentwurf zur Rettung der Wall Street, der am Freitag auch vom Repräsentantenhaus angenommen wurde. Dieser geht deutlich noch über die Version hinaus, die am Montag vergangener Woche im Parlament abgelehnt worden war. Inzwischen wird wesentlich mehr Geld zur Stützung der Banken bereitgestellt, außerdem werden die Steuern um weitere 150,5 Milliarden Dollar gesenkt, und zwar hauptsächlich für Unternehmen.**

Alle Änderungen an dem Entwurf entsprechen den wirtschaftsfreundlichen Vorschlägen rechter republikanischer Abgeordneter, die die ursprüngliche Vorlage vor einer Woche im Repräsentantenhaus abgelehnt hatten. Aufgenommen wurden auch Regelungen, für die Banken- und Unternehmensvertreter heftige Lobbyarbeit geleistet haben.

Zum Beispiel hebt der Neuentwurf des Gesetzes die Grenze, bis zu der Bankeinlagen von der staatlichen Einlagenversicherung (FDIC) geschützt sind, von 100.000 auf 250.000 Dollar an. Das nützt vor allem den

Wohlhabenden und gibt den Banken mehr Spielraum für ihre spekulativen Aktivitäten.

Die Banken müssen keine höheren Prämien für die erweiterte staatliche Versicherung ihrer Einlagen zahlen, sondern die FDIC erhält unbeschränkte Kreditlinien vom Finanzministerium. Das heißt, die Einlagen bankrotter Banken werden mit Milliarden aus den öffentlichen Kassen gedeckt. Somit könnte die Rechnung, die der amerikanischen Bevölkerung präsentiert wird, schließlich um viele Milliarden höher ausfallen.

Das Gesetz empfiehlt eine **Änderung der Bilanzierungsregeln**, die es den Banken

erlauben, ihre Wertpapiere mit dem Einkaufspreis und nicht mit ihrem aktuellen Marktpreis auszuweisen. Die Banken haben für diese Regelung stärksten Druck ausgeübt, weil sie dadurch Verluste in ihren Büchern verbergen, ihre durch Wertpapiere gestützten Sicherheiten und andere spekulativen Papiere überbewerten und einen Teil davon zu überhöhten Preisen an das Finanzministerium verhökern können.

Die Steuergeschenke gehen dem *Wall Street Journal* zufolge an ganz unterschiedliche Wirtschaftsbereiche, z.B. als "Steuererleichterung zu Forschungs- und Entwicklungszwecken an High-Tech-Firmen und die pharmazeutische Industrie." Andere Steuervorteile, über die in der Presse berichtet wurde, sollen z.B. Hollywood Anreize liefern, Filme in den USA zu produzieren.

In den 451 Seiten der Gesetzesvorlage sind mit Sicherheit noch weitere Geschenke an die Wirtschaft versteckt. Als US-Finanzminister Henry Paulson seine dreiseitige Vorlage für die Rettungsaktion vor zwei Wochen den Fraktionsspitzen im Kongress vorlegte, forderten einige Demokraten zusätzliche Maßnahmen für bedrängte Hausbesitzer. Paulson und Bush erhoben sofort Einspruch und forderten ein "reines" Gesetz ohne "irrelevante" oder "umstrittene" Zusätze. Die Demokratische Parteiführung in Repräsentantenhaus und Senat reagierte sofort mit dem Versprechen, das Gesetz nicht zu "zerreden".

Jetzt haben **die Demokraten zugunsten der Wirtschaft die Vorlage mit Zusätzen geradezu überladen, die alle zum Nutzen mächtiger Finanzinteressen ausfallen.**

Dagegen enthält der veränderte Entwurf nicht eine einzige Bestimmung, die der starken Opposition in der Bevölkerung gegen das Rettungspaket entgegenkommt. Es hatten zwar auch einige Demokraten im Abgeordnetenhaus das ursprüngliche Gesetz abgelehnt und gefordert, den Börsenspekulanten Strafen aufzuerlegen und wenigstens gewisse Maßnahmen für

bedrängte Hausbesitzer vorzusehen, doch diese Vorschläge und Einwände wurden bei der Neufassung schlicht ignoriert.

In Repräsentantenhaus und Senat setzte sich die Demokratische Fraktionsführung Seite an Seite mit der Bush-Regierung und Paulson dafür ein, das Rettungspaket durchzubringen. Es störte sie dabei nicht, dass der US-Finanzminister und ehemalige Vorstand der Investmentbank Goldman Sachs 700 Milliarden Dollar aus der Steuerkasse verwenden will, um den Banken wertlose Sicherheiten abzukaufen.

Die ursprüngliche Gesetzesvorlage wurde hauptsächlich von Abgeordneten abgelehnt, die befürchten, dass die Wähler sie im November aus dem Amt jagen. In der amerikanischen Bevölkerung ist die Zustimmung zum Rettungspaket für die Wall Street überaus gering, da die Maßnahme völlig richtig als Milliardengeschenk an die ohnehin reichsten der Reichen verstanden wird. Die Demokratische Parteiführung aber reagiert auf die Ablehnung des Pakets, indem sie den Neuentwurf noch vorteilhafter für die amerikanische Finanzelite gestaltet.

Wie ist das zu erklären?

Es kann nicht an den Mehrheitsverhältnissen in der Kammer liegen. Die Demokraten haben dort eine eindeutige Mehrheit von 235 zu 200 Stimmen. Der Rettungsplan wurde am Montag mit 228 zu 205 abgelehnt. Die Parteiführung hätte versuchen können, die fehlenden dreizehn Stimmen von den 95 Demokraten zu bekommen, die gegen den Entwurf gestimmt haben. Viele von ihnen lehnten die Maßnahme ab, weil die Geschenke an die Wall Street zu offensichtlich und keinerlei Hilfen für die einfache Bevölkerung darin vorgesehen waren.

Doch die Parteispitze der Demokraten zog solch einen Schritt gar nicht erst in Erwägung. Ihre Reaktion auf die Ablehnung des ursprünglichen Maßnahmenpakets entspricht vielmehr der Haltung, die sie die ganze Zeit

schon unbeirrt einnimmt, seitdem Paulson erstmals seinen Plan zur Rettung der Wall Street vorgestellt hat. Diese besteht aus einer unbedingten Unterstützung für den Rahmen des Paulson-Plans, wobei ein paar kosmetische Änderungen zugunsten von mehr "Transparenz" und "Übersicht" gefordert werden. So schlugen die Demokraten vermeintliche Obergrenzen bei Managergehältern vor, die leicht zu umgehen gewesen wären, oder symbolische Hilfsangebote für Eigenheimbesitzer, die auf Drängen von Paulson und Bush schnell fallen gelassen wurden.

Woher kommt diese vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend der amerikanischen Bevölkerung - immerhin wird erwartet, dass rund sechs Millionen in diesem und dem kommenden Jahr ihre Hauskredite nicht mehr bedienen können - und die absolute Unterwürfigkeit gegenüber einigen tausend Multimillionären und Milliardären an der Wall Street?

Und es spielt sich wirklich nicht gerade im Verborgenen ab. Die Parteiführung der Demokraten - angefangen bei den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten Barack Obama und Joseph Biden über die Fraktionssprecher in Repräsentantenhaus und Senat Nancy Pelosi und Harry Reid und die mächtigen Finanz- und Bankenkontrollausschussvorsitzenden Barney Frank und Christopher Dodd bis hin zu Bill und Hillary Clinton und anderen einflussreichen Parteimitgliedern - hat bewusst an einem Gesetz mitgearbeitet, das allein den Interessen der mächtigsten Teile der amerikanischen Finanzelite dient.

Sie stimmen einer verfassungswidrigen Regelung zu, die jede juristische Überprüfung des Rettungspakets, jede wirksame Kontrolle seiner Umsetzung und der daran beteiligten Personen und Banken praktisch unmöglich macht - und befürworten damit letztlich eine Maßnahme, die nichts weiter ist als ein Blankoscheck für Vorteilsnahme und Korruption.

Ihnen ist bewusst, dass das Rettungspaket nicht zur Lösung der Wirtschaftskrise beiträgt, die sich täglich verschärft und die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten und weltweit mit einer sozialen Katastrophe bedroht. Aber das ist auch nicht der wahre Zweck des Plans.

Das Rettungspaket soll zwar auch einen Teil der Wall Street-Schulden übernehmen, vor allem dient es aber dem größeren Vorhaben, **die Finanzkrise als Hebel zu benutzen, um die ökonomische und politische Macht der wichtigsten Banken und Finanzinstitute zu vergrößern.** Schon seit einiger Zeit findet in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung statt, durch die sich die Wirtschaftsmacht in den Händen einiger Finanzgiganten konzentriert. Durch ihre Fähigkeit, Zinsen und Gebühren festzulegen, üben sie praktisch eine unbeschränkte Kontrolle über die Wirtschaft aus.

Diese Entwicklung wird von der Demokratischen Parteiführung voll und ganz unterstützt. Sie haben eine geschlossene Front mit dem Wall Street-Mann Paulson und Bush gebildet, weil ihre Partei, wie die *World Socialist Web Site* am 1. Oktober schrieb, "selbst tief im Milieu der Wall Street steckt. Als ihre wichtigste Basis betrachtet sie die Finanzaristokratie und die reichsten Schichten der oberen Mittelklasse."

Einige aufschlussreiche Fakten mögen dies untermauern: **Rahm Emanuel**, der Demokratische Fraktionsvorsitzende im Repräsentantenhaus und einer der stärksten Unterstützer des Rettungspakets, erhielt mehr Geld und Zuwendungen aus der Finanz- und Versicherungsbranche als jeder andere Kongressabgeordnete. Nach Angaben der Website MapLight.org bekam er in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 1.636.000 Dollar von diesen Gönnern. **Barney Frank**, der für die Demokraten federführend am Entwurf des Rettungspakets beteiligt war, kommt mit 1.033.000 Dollar an vierter Stelle.

Die Demokratische Partei ist eine Partei der amerikanischen Finanzoligarchie. Seit vier

Jahrzehnten ist sie konstant immer weiter nach rechts gegangen, hat sich immer stärker an der Wall Street orientiert und jedes sozialreformistische Programm über Bord geworfen. Diese Entwicklung verlief parallel zu Teilen der Mittelschichten, die lange Zeit ihre Kernwählerschaft ausmachten. Diese Schichten haben sich bereichert und von den boomenden Aktienpreisen profitiert, die auf Finanzspekulation und parasitärem Verhalten beruhen.

Die Demokraten versuchen, ihre Klassenposition und rechte Ausrichtung zu verschleiern, indem sie eine liberale Haltung

in so genannten "Gesellschaftsfragen" einnehmen - Recht auf Abtreibung, Gleichstellung von Homosexuellen, Förderprogramme für Schwarze - die allesamt im Rahmen der Identitätspolitik liegen. Barack Obamas ganze Pose von "Wandel" und "neuer Politik", die er angeblich repräsentiert, beruht auf seiner Identität. Sein politisches Programm in Hinblick auf Militarismus und Unternehmensinteressen ist von dem seines Republikanischen Mitbewerbers um das Präsidentenamt praktisch nicht zu unterscheiden. Dadurch verkörpert er wie kaum ein anderer die Doppelzüngigkeit und das reaktionäre Wesen der Demokratischen Partei.

*Siehe auch unter [www.wsws.de](http://www.wsws.de):*

[Der Rettungsplan für die Wall Street und die Gefahr von Diktatur](#)  
(4. Oktober 2008)

[Die Demokratische Partei und die Wall Street](#)  
( 2. Oktober 2008)

[Börsensturz an der Wall Street nach Scheitern des Finanz-Rettungsplans im Kongress](#)  
( 1. Oktober 2008)

## **Text of Draft Proposal for Bailout Plan**

Washington Post  
Published: September 20, 2008

LEGISLATIVE PROPOSAL FOR TREASURY AUTHORITY  
TO PURCHASE MORTGAGE-RELATED ASSETS

Section 1. Short Title.

This Act may be cited as \_\_\_\_\_.

## Sec. 2. Purchases of Mortgage-Related Assets.

(a) Authority to Purchase.--The Secretary is authorized to purchase, and to make and fund commitments to purchase, on such terms and conditions as determined by the Secretary, mortgage-related assets from any financial institution having its headquarters in the United States.

(b) Necessary Actions.--The Secretary is authorized to take such actions as the Secretary deems necessary to carry out the authorities in this Act, including, without limitation:

(1) appointing such employees as may be required to carry out the authorities in this Act and defining their duties;

(2) entering into contracts, including contracts for services authorized by section 3109 of title 5, United States Code, without regard to any other provision of law regarding public contracts;

(3) designating financial institutions as financial agents of the Government, and they shall perform all such reasonable duties related to this Act as financial agents of the Government as may be required of them;

(4) establishing vehicles that are authorized, subject to supervision by the Secretary, to purchase mortgage-related assets and issue obligations; and

(5) issuing such regulations and other guidance as may be necessary or appropriate to define terms or carry out the authorities of this Act.

## Sec. 3. Considerations.

In exercising the authorities granted in this Act, the Secretary shall take into consideration means for--

(1) providing stability or preventing disruption to the financial markets or banking system; and

(2) protecting the taxpayer.

## Sec. 4. Reports to Congress.

Within three months of the first exercise of the authority granted in section 2(a), and semiannually thereafter, the Secretary shall report to the Committees on the Budget, Financial Services, and Ways and Means of the House of Representatives and the Committees on the Budget, Finance, and Banking, Housing, and Urban Affairs of the Senate with respect to the authorities exercised under this Act and the considerations required by section 3.

## Sec. 5. Rights; Management; Sale of Mortgage-Related Assets.

(a) Exercise of Rights.--The Secretary may, at any time, exercise any rights received in connection with mortgage-related assets purchased under this Act.

(b) Management of Mortgage-Related Assets.--The Secretary shall have authority to manage mortgage-related assets purchased under this Act, including revenues and portfolio risks therefrom.

(c) Sale of Mortgage-Related Assets.--The Secretary may, at any time, upon terms and conditions and at prices determined by the Secretary, sell, or enter into securities loans, repurchase transactions or other financial transactions in regard to, any mortgage-related asset purchased under this Act.

(d) Application of Sunset to Mortgage-Related Assets.--The authority of the Secretary to hold any mortgage-related asset purchased under this Act before the termination date in section 9, or to purchase or fund the purchase of a mortgage-related asset under a commitment entered into before the termination date in section 9, is not subject to the provisions of section 9.

#### Sec. 6. Maximum Amount of Authorized Purchases.

The Secretary's authority to purchase mortgage-related assets under this Act shall be limited to \$700,000,000,000 outstanding at any one time

#### Sec. 7. Funding.

For the purpose of the authorities granted in this Act, and for the costs of administering those authorities, the Secretary may use the proceeds of the sale of any securities issued under chapter 31 of title 31, United States Code, and the purposes for which securities may be issued under chapter 31 of title 31, United States Code, are extended to include actions authorized by this Act, including the payment of administrative expenses. Any funds expended for actions authorized by this Act, including the payment of administrative expenses, shall be deemed appropriated at the time of such expenditure.

#### Sec. 8. Review.

Decisions by the Secretary pursuant to the authority of this Act are non-reviewable and committed to agency discretion, and may not be reviewed by any court of law or any administrative agency.

#### Sec. 9. Termination of Authority.

The authorities under this Act, with the exception of authorities granted in sections 2(b)(5), 5 and 7, shall terminate two years from the date of enactment of this Act.

#### Sec. 10. Increase in Statutory Limit on the Public Debt.

Subsection (b) of section 3101 of title 31, United States Code, is amended by striking out the dollar limitation contained in such subsection and inserting in lieu thereof \$11,315,000,000,000.

#### Sec. 11. Credit Reform.

The costs of purchases of mortgage-related assets made under section 2(a) of this Act shall be determined as provided under the Federal Credit Reform Act of 1990, as applicable.

#### Sec. 12. Definitions.

For purposes of this section, the following definitions shall apply:

(1) Mortgage-Related Assets.--The term "mortgage-related assets" means residential or commercial mortgages and any securities, obligations, or other instruments that are based on or related to such mortgages, that in each case was originated or issued on or before September 17, 2008.



(2) Secretary.--The term "Secretary" means the Secretary of the Treasury.

(3) United States.--The term "United States" means the States, territories, and possessions of the United States and the District of Columbia.

## **„Ehrenwerte“ Geschäfte**

### ***Was der Kollaps des Finanzsystems über den Reichtum der kapitalistischen Nation lehrt***

*Von Peter Decker*

29.09.2008 /www.JungeWelt.de

**Jetzt, wo die weltgrößten Banken zusammenbrechen und sich über Nacht Vermögenswerte von vielen Milliarden in Luft auflösen, machen sich Politiker, Wirtschaftsfachleute und Journalisten Sorgen um die Wirkungen dieser Zusammenbrüche auf so etwas wie die »Realwirtschaft«. Das ist bemerkenswert, denn bis vor kurzem war ein Unterschied zwischen Börsenkursen und Bankrenditen einerseits und dem Reichtum, der aus Produktion und Verkauf von nützlichen Dingen hervorgeht, andererseits völlig unbekannt. Sogar dem einfachen Volk, das keine Aktien besitzt, wird in den Abendnachrichten der Stand der Börsenkurse bekanntgemacht, die unmittelbar als Auskunft darüber verstanden werden sollen, wie es um »die Wirtschaft« steht.**

Wenn die Laune der Börsianer gut gewesen und die Börsenkapitalisierung der DAX-Unternehmen wieder einmal gewachsen ist, dann ist – wie auch immer – der Reichtum größer geworden, von dem »wir alle« leben. Weil Banken nun aber krachen und die Finanzakkumulation nicht mehr funktioniert – und vermutlich so lange, wie sie nicht wieder in Gang kommt –, kennt die Fachwelt den Unterschied zwischen spekulativen Vermögenstiteln und wirklichem Reichtum, der in der »Realwirtschaft« durch Arbeit erzeugt wird.

Gleichwohl plädiert keiner der Experten dafür, sich auf die Produktion wirklichen Reichtums zu konzentrieren und die Finanzhäuser mit ihrer spekulativen Geldvermehrung getrost vor die Hunde gehen zu lassen. Das ist in einer kapitalistischen Nation jenseits aller Vorstellung. Gerade in dem Augenblick, in dem der Finanzzauber auffliegt, machen sich die Zuständigen größte Sorgen um den Dienst, den das Kreditwesen der Realwirtschaft leisten soll. Im Namen dieses Dienstes beschuldigen sie die Akteure

an den Finanzmärkten, alles verkehrt gemacht zu haben. Lächerlich, wie die Liebhaber eines potenten Finanzsektors auf einmal Gier bei den jahrelang hochgejubelten Bankern entdecken, wie sie, die sonst Risiko und Risikobereitschaft als Vorzug des kapitalistischen Wirtschaftssystems loben, nun maßlose Risiken kritisieren, die die für gigantische Renditen bewunderten Investmentbanken eingegangen seien und wohl selbst nicht mehr durchschaut hätten.

Dabei haben die Investoren und Verwalter der großen Geldvermögen überhaupt nichts falsch und auch nichts entscheidend anders gemacht als immer schon. Sie haben das Wachstum ihrer Branche und damit ihre Bereicherung mit einer Sorte Geschäft auf immer neue Höhen getrieben, das von seinem grundsoliden Ausgangspunkt an spekulativ ist.

### **Geschäft mit dem Geld-Verleihen**

Banken machen dasselbe wie alle kapitalistischen Unternehmer: Sie machen aus

Geld mehr Geld – das allerdings ohne den Umweg über Produktion und Verkauf von Gütern, den andere für dasselbe Ziel nehmen müssen. Zur Schaffung des materiellen Reichtums tragen die Geldhäuser nichts bei. Sie verleihen Geld – und vermehren es durch eine Vereinbarung mit ihrem Kreditnehmer: Der muß es ihnen nach einer vereinbarten Frist mit Zinsen zurückzahlen. Dabei ist es ihnen sogar gleichgültig, ob ihr Kunde das geliehene Geld als Kapital investiert und Rückflüsse erwirtschaftet oder ob er es für Konsum ausgibt. Seine vertragliche Rückzahlungspflicht gilt unbedingt; seine tatsächliche Fähigkeit dazu hängt jedoch davon ab, ob er sich das erforderliche Geld bis zur Fälligkeit beschaffen kann. Diesen Umstand ignoriert das Kreditverhältnis: Es tut so – und wenn es klappt, ist es für die Bank ja auch so –, als ob sich das Geld im Maß der verstreichenden Zeit automatisch vermehrte: In ihrer Hand ist Geld unmittelbar Kapital – aber nur dadurch, daß sie auf eine Geldvermehrung spekuliert, die andere betreiben und die sie nicht in der Hand hat.

Allgemeinheit und Verbreitung des Kredits beruhen also schon darauf, daß er für kapitalistische Geldvermehrung eingesetzt wird. Im Zins eignet sich die Bank einen Teil des in Produktion und Handel erwirtschafteten Überschusses an. Ihre Macht, vom Kreditnehmer mehr Geld zurückzufordern, als sie ihm gibt, gründet darauf, daß sie ihn instand setzt, Profit mit Kapital zu machen, das ihm gar nicht gehört. Er zahlt den Tribut, weil er mit geliehenem Kapital mehr Gewinn machen kann als nur mit eigenem.

Die verfügbare Kapitalgröße erscheint als die entscheidende Bedingung des Gewinnemachens in einer Welt, in der die wirkliche Quelle des materiellen Reichtums nichts gilt, weil sie so zuverlässig funktioniert. Von Willen und Bereitschaft der Arbeiter, die die nützlichen Dinge schaffen, die dann mit Gewinn verkauft werden, hängt in einem geordneten Kapitalismus nichts mehr ab: Arbeitskräfte gibt es in den Berufen aller Bildungsniveaus reichlich bis

überreichlich und billig, und sie stehen so selbstverständlich zur Verfügung, daß sich kein Kapitalist von ihnen mehr abhängig sieht; er kalkuliert sie neben Rohmaterial und Betriebsstoffen locker als Produktionsfaktoren.

Unter solchen Umständen hängt die Fähigkeit zur Gewinnerwirtschaftung tatsächlich nur noch ab von der Macht des Geldes. Wer sich die erforderlichen Produktionsmittel beschaffen, den nötigen Kapitalsvorschuß leisten, wer Mittel auch für Phasen von Forschung und Entwicklung vorstrecken und technische Innovationen bezahlen kann, die die Anlagen der Konkurrenten übertreffen und entwerten, der macht das Geschäft. Ob und in welchem Maß eine Firma oder eine Nation auf ihrem Standort die Profitmacherei in Gang setzen, welche Waffen der Konkurrenz sie einsetzen kann, alles entscheidet sich an der Verfügung über die nötige Menge Kapital. So kommt der absurde, in sich unerklärbare Schein zustande, das Geld selbst sei die Quelle seiner Vermehrung – als sei Geld ohne weiteres und aus sich selbst Kapital.

Die Verfügung über Kapital gewährt die Bank– und befreit so die private und nationale Akkumulation von den Grenzen, die ihr der in der Vergangenheit akkumulierte, investierbare Gewinn zieht. Auf diesem Dienst an der industriellen und merkantilen Profitmacherei gründet die Macht der Bank, sich an den Zuwächsen zu beteiligen, die andere aus ihren Arbeitskräften herausholen.

### **Akkumulation des Finanzkapitals**

Freilich, der Profitmacherei mit der Lohnarbeit einen Dienst zu leisten, ist nicht der Zweck der Bank. Sie dient nicht der Realwirtschaft, sondern nutzt – wie jedes kapitalistische Unternehmen– den Bedarf anderer aus, um daraus für sich ein Plus zu machen. Die kapitalistische Realwirtschaft und das ganze Produzieren und Konsumieren der Gesellschaft, das daran hängt, ist Mittel der Selbstverwertung des Finanzkapitals– und

das keineswegs nur in der beschränkten Perspektive der Finanzmagnaten selbst, sondern objektiv: Die Banken, die darüber entscheiden, welche Firma Kredit bekommt, damit also über die nötigen Waffen der Konkurrenz verfügt, und welche nicht, wessen Schulden prolongiert werden, welcher säumige Schuldner dagegen Konkurs anmelden muß, sind die wirtschaftlichen Machtzentren, die den Gang des Kapitalismus bestimmen.

Ihr Privileg, Geld ohne allen Umweg zu Kapital zu machen, d. h. es allein durch Verleihen und Zurückfordern zu vermehren, nutzen Banken, so gut sie können. Dabei kämen sie nicht weit, wenn sie (nur) das Geld verleihen würden, das ihre Eigentümer aus Privatvermögen eingebracht haben, und dann warten würden, bis es mit Zinsen zu ihnen zurückfließt. Wie ihre Kreditnehmer »arbeitet« auch die Bank mit Geld, das ihr nicht gehört. Sie leiht es sich beim Publikum, indem sie Einlagen einwirbt und für Spargbücher, Festgeld, manchmal auch für Girokonten, Zinsen verspricht. Sie beschafft sich Verfügung über fremdes Geld, um ihrerseits gegen höhere Zinsen anderen Verfügung über fremdes Geld zu gewähren.

Auf diese Weise trennt die Bank das Eigentum an Geld von der Verfügung darüber und macht einen doppelten Gebrauch vom Geld. Von ihrem Kreditgeber, dem Inhaber eines Kontos bei ihr, nimmt sie Geld und verleiht es weiter. Das Eigentumsrecht bleibt beim Kreditgeber, das Geld selbst wandert zum Kreditnehmer, der damit wie mit eigenem Geld umgehen kann. Den Einlegern verspricht die Bank gleichwohl die jederzeitige oder an Fristen gebundene Verfügung über das eingelegte Geld, das sie gar nicht mehr hat – und das sie erst in irgendeiner Zukunft und dann abhängig von Geschäftserfolg und Solvenz ihres Schuldners wieder zurückzubekommen hofft. Das ist die zweite Stufe der Spekulation.

Gleichgültig, wie sie dieses Kunststück im einzelnen hinbekommt – sie praktiziert es nicht nur im Verhältnis zu ihren Einlegern,

sondern auch zu sich selbst: Weggegebenes Geld, das sie bis zur Rückzahlung, die fraglich ist, nicht hat, betrachtet sie als einen Vermögenswert, den sie hat, und führt ihn als »Aktivum« in ihren Büchern. Schon wieder hielte sie es für ein sträfliches Brachlegen von Vermögen, wenn sie den Anspruchstitel auf künftige Rückzahlung, den sie besitzt, in ihren Büchern herumliegen ließe und auf die Tilgung wartete. Sie behandelt die Schulden ihrer Kunden als »Assets«, als zinstragendes Kapital, das sie mit Gewinn an andere Geldanleger weiterverkauft oder zur Grundlage eigener neuer Kreditaufnahme macht, um ohne neues eigenes Kapital denselben Kreisverkehr der Verdopplung des Geldvermögens immer wieder und auf immer größerer Stufenleiter zu eröffnen.

### **Kreditzirkel**

Die Zahlungsfähigkeit, die Banken und Finanzhäuser durch die Verwendung fremder Schulden als verkäufliche oder beleihbare Vermögenswerte kreieren, verwenden sie selbstverständlich nicht nur und auch nicht überwiegend zur Kreditierung der Wachstums- und Konkurrenzbedürfnisse ihrer Kunden aus der »Realwirtschaft«, sondern investieren sie in alles, was ihnen Zuwachs verspricht: in Aktien, Rohstoffe, edle Metalle und auch in zinstragende Wertpapiere, die andere Banken auf den Markt bringen. Damit befreit das Finanzkapital sein Wachstum und seine Rendite von den beschränkten Wachstumsbedürfnissen und Wachstumsgelegenheiten, die Industrie und Handel ihm bieten. Von einem Dienst des Finanzsektors an der Realwirtschaft ist da nichts mehr zu sehen: Diese Abteilung Kapital, auf die es für den Rest der kapitalistischen Wirtschaft so entscheidend ankommt, nutzt schlicht ihre Sonderstellung und akkumuliert aus sich selbst. Sie radikalisiert ihre Fähigkeit, Geld ohne Umweg als Kapital zu nutzen, noch einmal und nutzt gar nicht Geld, sondern Geld, das es nicht hat, versprochenes, erwartetes Geld – Kredit eben – als sich verwertendes Kapital. Die eine Bank beschafft sich Zahlungsfähigkeit, indem sie Kredit bei anderen Banken nimmt, und zwar derart, daß

sie ihnen Wertpapiere, verzinste Rückzahlungsversprechen verkauft, die sie auf den erwarteten Erfolg ihres Geschäfts hin gibt. Und sie gibt anderen Banken Kredit, indem sie von ihnen emittierte Wertpapiere kauft. In diesem Zirkel kreieren die Finanzhäuser immer neue Investitionsgelegenheiten und zugleich die Investitionsmittel, die es braucht, um die Gelegenheiten wahrzunehmen. Sie geben einander und nehmen von einander Kredit, schreiben sich dadurch immer größere Vermögen gut und zahlen und kassieren darauf immer mehr Zinsen und ähnliche Erträge. Was bei einer Bank alleine Schwindel wäre, ist bei dem Kreditgebirge, das der Bankensektor errichtet, ein ehrenwertes Geschäft: Das Kreditsystem kreditiert sich selbst.

Das geht – so lange nämlich, wie die Anleger, also im wesentlichen die Banken selbst mitsamt ihren Investment- und Hedgefonds, mit den Geldvermögen, die sie sich gutschreiben und auf den Finanzmärkten immerzu umschlagen, nichts anderes anstellen wollen, als sie schleunigst wieder in profitable Anlagen zu investieren. Sobald aber, angestoßen wodurch auch immer, Zweifel an der endlosen Fortsetzbarkeit dieser Spirale aufkommen und nicht nur einzelne statt neuer Wertpapiere das Geld sehen wollen, das diese Papiere verheißen, sondern viele, dann wird schnell deutlich, daß keine Bank das Geld hat und zurückzahlen kann, das sie ihren Gläubigern schuldet und verspricht. Die Kettenreaktion, die droht, wenn eine Großbank zusammenkracht, ist eine schöne Probe aufs Exempel: Warum kann die Pleite der deutschen IKB-Bank den ganzen nationalen Finanzplatz mitreißen? Warum hat der Zusammenbruch eines Hauses wie Lehman Brothers die Potenz, das Weltfinanzsystem zu zerstören? Eben weil die Vermögen der Banken aus nichts anderem bestehen als aus Schulden anderer Banken. Wenn eine ihre Schulden nicht mehr bedienen kann, dann legt das offen, daß die Vermögen der anderen nichts wert sind, weil sie ja bloß aus Zahlungsverprechen von Konkurrenten bestehen. Das beweist immerhin eines: In

einem entwickelten Finanzsystem machen Banken ihr Geschäft nicht wirklich mit Geld, das sie haben oder sich leihen, sondern mit dem Kredit, den sie als die großen Zentren der Geldmacht genießen. Ihr Geschäftsmittel ist das Vertrauen ihrer Konkurrenten und darüber des breiten Publikums darauf, daß sie immer zahlen können, wenn sie müssen. Sie genießen nicht das Vertrauen, weil sie zahlen können, sondern sie können zahlen, weil und solange sie dieses Vertrauen besitzen.

Daß sich da periodisch Mißtrauen einstellt, ist nur zu berechtigt. Schließlich bestehen die Vermögenswerte, die in gigantischem Ausmaß geschaffen und akkumuliert werden, nicht in gutem Geld, dem allgemeinen Zugriffsmittel auf den produzierten Reichtum, sondern in Versprechen auf zukünftige Zahlung von Geld. Solange das Vertrauen in die spätere Zahlung intakt ist, sind die Schuldtitel bei Bedarf zu Geld zu machen, sind also geldgleiche Wertpapiere. Umgekehrt – umgekehrt. Da das eigene Vertrauen der Anleger der einzige Grund dafür ist, daß sie Vertrauen haben können, kippt dieser Zirkel immer wieder in sein Gegenteil; Anlässe dafür gibt es genug; das müssen nicht, können aber auch einmal mißlungene Geschäfte in der Realwirtschaft sein. Im Umkippen des Vertrauens und im verzweifelten Versuch, Schuldpapiere noch zu Geld zu machen, wird deutlich, daß das von der wirklichen Produktion des kapitalistischen Reichtums abgelöste Wachstum des Finanzsektors kein selbstgenügsames Börsenspiel ist, sondern dieser Sektor allen Ernstes aus sich heraus kapitalistischen Reichtum zu schaffen und zu vermehren beansprucht. Im Zusammenbruch und in der Rückabwicklung dieser autonomen und fiktiven Akkumulation besteht ihr Zusammenhang mit dem wirklichen, durch Arbeit und Ausbeutung vermehrten Geld, das natürlich immer zu wenig ist, sobald überhaupt die Frage aufkommt, ob es das Geld auch gibt, das die vielen Wertpapiere versprechen. Solche Zusammenbrüche der spekulativ geschaffenen Reichtümer sind nicht neu. Wenn sie gegenwärtig heftiger ausfallen als meistens, wenn nicht nur dieser oder jener Sektor des Finanzmarkts kracht

und nicht nur das eine oder andere Land bankrott ist, sondern das ganze Weltfinanzsystem zusammenzubrechen droht oder zusammenbricht, dann nur, weil die finanzkapitalistische Akkumulation, die diesem Ende vorherging, besonders groß und global war.

### **Die Staaten retten ihr Finanzsystem**

Jetzt springen Regierungen ein und hauen die bankrotten Banken heraus: Die Bundesregierung steckt zehn Milliarden Euro in die insolvente IKB, noch einmal eine ähnliche Summe spendieren Landesregierungen diversen Landesbanken; die US-Regierung will die unvorstellbare Summe von zusammengerechnet einer Billion Dollar aufwenden, um den laufenden Zusammenbruch ihres nationalen Kreditsystems zu stoppen. Die Pleiten der großen Spekulanten sind offenbar keine Privatsache. Mit ihrem gewaltigen Einsatz bekennen die Staaten, daß eine funktionierende Spekulationsbranche das Lebenselixier ihrer Wirtschaft und ihrer eigenen Finanzen ist. Zahlungsfähigkeit sowohl für die nötigen Investitionen der nationalen Wirtschaft wie für den Bedarf des Staatshaushalts im Prinzip unbegrenzt, allein durch die Benutzung des Vertrauens in die Kreditmacht der Geldhäuser mobilisieren zu können,— das ist die entscheidende ökonomische Potenz einer Nation in der kapitalistischen Welt. Am Grad, in dem sie über diese Potenz verfügen, unterscheiden sich die Staaten; solche, die diese Kreditmacht nicht bei sich versammeln können oder verlieren, bleiben auf ewig arm und ohnmächtig – oder werden es schnell.

Ihren überragend wichtigen Dienst leisten die Finanzkapitalisten dem Vaterland um so besser, je mehr sie zu ihrer spekulativen und an gar keinem Dienst orientierten Vermehrung ihrer Bankprofite, ihrer Schuld- und Vermögenstitel freigesetzt sind. Deshalb

sind die Vorwürfe der Politiker an die »Zocker und Spekulanten« in den Finanzagenturen so unehrlich: Die jeweiligen Regierungen selbst haben ihnen Jahrzehnte lang immer größere Freiheiten eingeräumt, um Wachstum und Ertrag des Finanzsektors zu steigern. Wenn die Spekulation der großen Geldgeier platzt, dann ist für deren Rettung kein Opfer an staatlichen Geldmitteln zu schade, und die ganze Gesellschaft wird über Steuern und Staatshaushalt für die Rettung der Banken in Dienst genommen. Der Dienst der Geldkapitalisten am Gemeinwesen besteht in ihrer Bereicherung; damit das klappt, muß das brave Volk nicht nur in der Realwirtschaft seinen Dienst tun und billig Leistung abliefern; in Notzeiten wird es darüber hinaus für die Rettung der Kreditanstalten in Anspruch genommen, die mit Milliarden jonglieren.

Das geht in Ordnung: Das Geldkapital verkörpert auch gegenüber den vielen Kapitalen in Handel und Industrie noch einmal das Kapital also solches. Sein Geschäft, Geldeigentum ohne jeden Zwischenschritt zur Quelle von mehr Eigentum zu machen, muß gelingen, damit alle anderen Geschäfte gelingen können. Von der spekulativen Bereicherung der Finanzmagnaten ist das gesamte Wirtschaftsleben des Landes abhängig gemacht, auch Arbeit und Lohn der eigentumslosen Masse. Wer diesen Wahnsinn nicht angreifen will, sollte auch nicht darüber schimpfen, daß der Staat bei der Not der Armen jeden Euro spart, Banken in Not aber die Milliarden in den Arsch bläst.

*Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GegenStandpunkt (Nr. 3/2008) bietet einen Grundsatzartikel zum Thema »Das Finanzkapital«, Teil I: Das Geschäft der Banken. Einzelpreis 15 Euro, Bestellungen an [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)*

## **Paulsons Rettungsaktion für die Banken: Der größte Betrug aller Zeiten**

Von John Hoefle

**....Nach dem Plan, der von US-Finanzminister Henry Paulson vorgelegt und vom Fed-Vorsitzenden Ben Bernanke, Präsident George W. Bush und einer Schar internationaler Bankiers und anderer Dummköpfe unterstützt wurde, würde der Großteil der durch den Untergang des internationalen Finanzsystems aufgelaufenen Schulden von den Büchern der Banken auf die Konten der Regierung und damit des amerikanischen Steuerzahlers transferiert.**

Dieses Vorhaben wird einer verängstigten Öffentlichkeit als „kühner“ Plan verkauft, der die Finanzkrise ein für allemal „lösen“ soll. In Wirklichkeit ist es der größte Raubzug der Geschichte, ein Akt monumentaler Dummheit, der alles in seinem Weg liegende zerstören wird: die Wirtschaft, die Nation und die Menschen. Er ist von keinerlei Nutzen.

„Das ist der größte Schwindel aller Zeiten“, sagte Lyndon LaRouche dazu, „der absolute Irrsinn. Die Öffentlichkeit wird betrogen.“

So gut wie nichts von dem, was Paulson in seinen Erklärungen gesagt hat, ist wahr. Es sind alles Lügen, um den Kongreß und das amerikanische Volk glauben zu machen, diese gigantische Abzocke sei sowohl notwendig als auch im öffentlichen Interesse, wobei keines von beiden der Wahrheit entspricht. Die Lügnerie fing allerdings bereits vor Paulson an, als man uns weismachen wollte, daß Finanzgeschäfte und nicht die produktive Wirtschaft der Weg zum Wohlstand seien. In den vergangenen vier Jahrzehnten konnte man den systematischen Abbau der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft verfolgen, während gleichzeitig die Finanzmärkte in ein gigantisches Kasino verwandelt wurden. Das Bankensystem ist ein Tummelplatz für Spekulanten geworden, was dazu führte, daß einige wenige reich wurden - einige so reich, daß es schon obszön war -

während immer größere Teile der Bevölkerung verarmten und andere ganz aus dem System herausfielen. Jeder gesetzliche Schutz vor derartiger Ausbeutung wurde in den USA systematisch beseitigt, einschließlich des Glass-Steagall-Gesetzes von 1933, das es Geschäftsbanken verbot, sich als Investmentbanken zu betätigen. Jetzt ist dieses pervertierte System zusammengebrochen, und man will uns einreden, daß der Steuerzahler die Gauner finanziell retten müsse.

Die Endphase dieses Zusammenbruchs begann im letzten Jahr mit der legendären „Subprime-Krise“, einer völlig irreführenden Bezeichnung. Dann verwandelte sich diese „Subprime-Krise“ irgendwie in einen „Kreditengpaß“, der ein „ansonsten gesundes“ Bankensystem infizierte. Das war eine von Anfang an sorgfältig konstruierte Lüge, um die letztendliche Forderung nach einer finanziellen Rettungsaktion zu unterstützen.

Hier ist die wirkliche Geschichte: Angefangen hat alles mit dem Bankensystem. Während der 90er Jahre bauten die Banken eine riesige Derivate-Blase auf, ein Pyramidenschema, dem ständig mehr Geld in den Rachen geworfen werden mußte, um es am Laufen zu halten. Dabei waren Hypotheken eines der bevorzugten Triebmittel, die dazu benutzt wurden, um hypothekenbesicherte

Wertpapiere (Verbriefungen) oder noch wildere Formen von Kasinochips wie besicherte Schuldscheine (CDOs) zu erzeugen. Je mehr Hypothekengeld zur Verfügung stand, desto größer waren die Gewinne, die durch Spekulation mit diesen neuen „Finanzinstrumenten“ gemacht werden konnten, was wiederum mehr Geld für neue Hypotheken abwarf. Diese Verbriefungsmaschine trieb die Preise für Eigenheime - und die Hypotheken auf diese Eigenheime - ins Unermeßliche.

Diese Maschine arbeitete so gut, daß sie die Preise für Eigenheime für viele Amerikaner unerschwinglich machte. Um dabei den Zufluß von Hypothekengeld weiterhin aufrechtzuerhalten, senkten die Banken die Mindestanforderungen für Darlehen immer weiter und verkauften zuguterletzt Immobilienhypotheken an Leute, die sich diese gar nicht leisten konnten, nur um die Maschinerie weiter am Laufen zu halten. Schließlich waren die Eigenheimpreise so hoch, daß selbst mit den laxesten Kreditpraktiken das Spiel nicht mehr weitergeführt werden konnte. Das ganze Kartenhaus brach in sich zusammen. Die Subprime-Kredite kollabierten als erste, denn sie gerieten im obersten Marktsegment als erste ins Wanken. Die Banken ihrerseits stellten die Subprime-Kreditgeber und -nehmer als die eigentlichen Schufte hin, um ihre eigene Rolle zu verschleiern. Es war die klassische Masche des „Schieb dem Kleinen die Schuld in die Schuhe.“

Jetzt sehen wir, wie Paulson behauptet, die Banken seien durch diese „Eigenheimkrise“ infiziert worden, und um die amerikanische Bevölkerung zu schützen, müßte die größte Rettungsaktion für die Banken aller Zeiten anlaufen. Doch es war der frühere Investmentbanker Paulson selbst, der zusammen mit seinen Freunden und Kollegen das Desaster überhaupt erst verursacht haben. Und jetzt verlangen sie, daß „der Staat“ sie vor den Folgen ihres Aberwitzes rettet, und überreichen den Bürgern, die sie jahrzehntelang zu Opfern gemacht haben, die Rechnung. Oder anders gesagt, die Füchse

verlangen von den Hühnern, daß sie die Reinigung des blutbespritzten Stalles selbst bezahlen.

## **Es wird nicht funktionieren**

Von der unglaublichen Arroganz einmal ganz abgesehen, ist der von Paulson und seinen Freunden an der Wall Street ausgeheckte Plan ökonomisch vollkommen inkompetent. Das einzige, das er bewirkt, ist, daß unbezahlbare Schulden aus den Bilanzen der Banken in die Bilanzen der Regierung übernommen werden, ohne sich um die Frage zu kümmern, warum diese Forderungen unbezahlbar sind.

Die Forderungen sind deshalb unbezahlbar, weil der produzierende Sektor der Volkswirtschaft, der letztendlich alle Rechnungen bezahlt, viel zu schwach ist, um diese Lasten zu tragen, und selbst immer schwächer wird. Die US-Volkswirtschaft arbeitet, wie schon während der vergangenen vier Jahrzehnte, unterhalb der Deckungsgrenze und nimmt immer mehr Schulden auf, um die Differenz auszugleichen. Dieser wachsende Schuldenberg wurde durch Buchhaltungstricks in einen Haufen neuer „Wertpapiere“ verwandelt, auf den die Bankiers einen noch größeren Berg spekulativer Wetten türmten. Sie lebten von den Gewinnen, die sie aus dem Hin-und-her-Schieben dieses fiktiven Kapitals schlugen, was so lange gut ging, bis das Riesenmaß der Blase nicht mehr gestützt werden konnte und platzte. Das einzige, was Paulsons Plan erreichen würde, ist den bankrotten Glücksspielern mehr Chips zur Fortsetzung ihres Spiels zu geben, so daß sie noch mehr Schaden anrichten können.

## **Wir können es stoppen**

Die Krise ist soweit fortgeschritten, daß wir eine derartige Gier und Dummheit nicht länger überleben können. Die Politik muß fundamental geändert werden. Statt auf den Sirenenang der Bankiers zu hören, der uns in den Untergang führt, müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, daß wir, als

Volk, uns wie Narren verhalten haben. Die Bankiers mögen uns all das angetan haben, doch wir haben es zugelassen und zu oft sogar mitgemacht, wenn wir gierig die von ihren übervollen Tischen abfallenden Brosamen aufklaubten.

Jetzt, wo wir sehen, wie unsere größten Banken jedes Quartal Verluste von mehreren Milliarden Dollar bekanntgeben - trotz Injektionen mehrerer Billionen Dollar durch die Zentralbanken -, wie führende Politiker noch nie dagewesene finanzielle Rettungsaktionen und Opfer verlangen, schwant uns, daß der große wirtschaftliche Boom ein Riesenbetrug und das „vollkommen gesunde“ System eine Illusion waren und das ganze Kartenhaus jetzt zusammengebrochen ist. Es dämmert uns, daß wir Narren waren und die Welt nicht so funktioniert, wie wir uns das dachten.

Glücklicherweise haben wir unter uns einen Mann, der diese Irrtümer schon bei ihrer Entstehung bemerkte und der einen Plan hat, selbst zu dieser späten Stunde das Problem noch zu lösen. Dieser Mann ist Lyndon LaRouche, und seine Lösung beginnt mit einer Rückkehr zu den vernünftigen Wirtschaftsprinzipien, die in der Vergangenheit so gut funktioniert haben, das letzte Mal bei Präsident Franklin Roosevelt. Statt wertlose Papiere zu retten, wie Paulson es fordert, will LaRouche das Finanzsystem einer Art Konkursverfahren unterziehen, d.h. die gigantischen Mengen spekulativer Wetten einfrieren, Zwangsversteigerungen stoppen und sicherstellen, daß die für unser Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen

John Hoefle

Siehe: [www.solidaritaet.com](http://www.solidaritaet.com)

weiterhin zur Verfügung stehen. Gleichzeitig würden im Rahmen eines Notstandsprogramms staatliche Kredite zu geringen Zinsen ausgegeben, um unsere Produktionsbasis wieder aufzubauen. All das müßte mit Nationen wie Rußland, China und Indien koordiniert werden, um so die ganze Welt aus der Gefahrenzone eines neuen finsternen Zeitalters zu bringen. Das ist machbar, es muß aber auch gemacht werden.

Zunächst müssen wir diesen irrsinnigen finanziellen Rettungsplan stoppen, den LaRouche wegen seiner Gefahr für Land und Leute als „gleichbedeutend mit Hochverrat“ bezeichnet hat. Aber LaRouche hat auch eine Warnung für jene, die diesen Plan verfolgen, und für jene, die ihm zustimmen. Je offensichtlicher die Größe des hier begangenen Diebstahls wird, werden neue, von wütenden Leuten angestachelte Regierungen ins Amt kommen, die diesen Diebstahl rückgängig machen wollen und eine Bestrafung der Täter fordern werden. Große Verbrechen werden nicht immer sofort bestraft, aber die Geschichte hat ihren eigenen Weg, alte Rechnungen zu begleichen. Es gibt mehr Dinge im Himmel und auf Erden, als man gemeinhin denkt.

Lyndon LaRouche hat eine klare Warnung an jene gerichtet, die dabei sind, die größte finanzielle „Rettungsaktion“ der Geschichte durchzudrücken: „Tut es nicht, doch wenn ihr es tut, erwartet nicht, daß das ungesehen hingenommen wird. Eine derartige hochverräterische Dummheit wird Folgen haben, Folgen, die weit jenseits dessen liegen, was ihr euch vorstellen könnt.“

## **Finanzcrash setzt sich fort**

### **Eine Zwischenbilanz der weltweiten Krise mit drei Lehren**

Von Winfried Wolf 26.09.2008 / [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)



Kein Ende der Talfahrt absehbar: Wertpapierhändler an der New Yorker Börse (22.9.2008)

Foto: AP

**Ende letzter Woche hatten sich die Finanzmärkte vorübergehend beruhigt. Die US-Regierung arbeitet an dem neuen rekordverdächtigen Bankenrettungsplan. Doch bereits in der laufenden Woche gingen die Kurse wieder in die Knie. Negative Folgen des Rettungsplans werden diskutiert. Neue Krisenherde treten in Erscheinung. Tatsächlich dürften wir im besten Fall die Ruhe vor neuen Stürmen erleben.**

Natürlich ist der Plan des US-Finanzministers Henry Paulson kühn und rekordverdächtig: Allen US-Banken soll der größte Teil ihrer gigantischen faulen Kredite aus Hypothekengeschäften abgenommen und diese in die allgemeine Staatsschuld aufgenommen werden. Wann, wenn nicht jetzt, sollten sich die taumelnden Börsen erholen? Wenn der US-Kongreß oder der US-Senat allzu lange zögern, den Plan durchzuwinken, könnte die Gewalt des Marktes mit neuen Kursverlusten sie zur Einsicht zwingen.

Wie auch immer im Detail das Ringen um »Plan P« des US-Finanzministers ausgehen wird – die Anzeichen, daß damit die Finanzmarktkrise gestoppt und die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise gebannt wären, sind trügerisch. Vielmehr wird sich die Finanzmarktkrise fortsetzen; gleichzeitig werden neue »schwächste Kettenglieder« ins Zentrum der Krisendynamik geraten.

Neue Krisenherde

Die offene Krise kann in einem Schwellenland ausbrechen, beispielsweise in Rußland oder in China: In Rußland haben sich die Börsenkurse in den letzten Wochen halbiert. Der Handel an beiden großen russischen Börsen mußte am 17. und 18. September ausgesetzt werden, um einen Sturz ins Bodenlose zu verhindern. Eine allgemeine Krise, auch verstärkt durch die niedrigeren Exporterlöse infolge sinkender Preise für Öl und Gas, droht.

In China wird die Ökonomie von widersprüchlichen Faktoren bestimmt. Trotz einer noch relativ hohen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bedroht die starke Exportorientierung des Landes die Konjunktur. Durch die sich abschwächende

Nachfrage aus Übersee mußte bereits eine große Zahl primär auf den Export ausgerichteter Fabriken schließen. Es gibt eine hausgemachte Immobilienkrise. Die gewaltigen Devisenreserven Chinas stellen einerseits ein Polster dar, das im Fall eines Wirtschaftseinbruchs als Schutz eingesetzt werden kann. Andererseits sind diese Gelder überwiegend in Dollaranleihen angelegt, so daß ein neuerlicher Kursverfall des US-Dollars diese zugleich entwerten würde, was Peking und Washington gegenwärtig objektiv zu Partnern macht (die De-facto-Verstaatlichung der Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac soll auch mit Blick auf Peking erfolgt sein, da ein größerer Teil des chinesischen Devisenschatzes in Anleihen dieser Finanzinstitute gehalten wird).

Ein zweiter möglicher neuer Krisenherd ist Westeuropa. Der größte geschlossene Wirtschaftsraum der Welt, die EU, droht in eine allgemeine Rezession abzugleiten. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone lag bereits im zweiten Quartal 2008 mit 0,2 Prozent leicht im Minus (BRD minus 0,5 Prozent). Das scheint sich auch im dritten Quartal fortgesetzt zu haben. Damit wäre die offizielle Definition einer Rezession erfüllt. Schwächelnde US-Realwirtschaft Die Frage, ob die internationale Finanzkrise sich zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelt, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Realwirtschaft in den USA ab. Inzwischen deuten so gut wie alle Indikatoren darauf hin, daß sich die US-Wirtschaft bereits mitten in einer Rezession befindet. Alle verfügbaren Angaben für den August (BIP, Arbeitskräfteentwicklung und industrielle Produktion) sind negativ. Um Ausreißer, die für die US-Statistik charakteristisch sind,

auszuschließen, hier die Angaben für den Dreimonatsvergleich Juni–August mit März–Mai: Danach sind die nichtagrarische Beschäftigung (Industrie und Dienstleistungssektor) im jüngsten Dreimonatsdurchschnitt im Vergleich zum vorausgegangenen um 0,6 Prozent, die Durchschnittslöhne einfacher US-Arbeiter um 4,4 Prozent, die Industrieproduktion um 1,6 Prozent und die Baubeginne um 4,8 Prozent gefallen. Die Rede ist hier von bereits bereinigten, in ihren Schwankungen ausgeglichenen harten Fakten der Realwirtschaft, die alle vor Beginn der jüngsten Finanzkrise – Ende August – zu konstatieren waren. Die aktuelle Zuspitzung findet also in einem Augenblick statt, in dem sich die Realwirtschaft bereits in der Rezession befindet. Die Finanzkrise wird diese Krisenerscheinungen an der materiellen Basis nochmals deutlich verschärfen u.a., weil eine höhere Staatsschuld zu neuen Sparmaßnahmen und damit zu einem Rückgang der Binnenkonjunktur führt. Es ist bereits absehbar, daß es demnächst heißen wird, die Finanzkrise habe zu einer Krise der Realwirtschaft geführt. Die vorliegenden Daten belegen, daß es sich zumindest um einen parallelen Prozeß handelt. Teilweise ist es auch umgekehrt: Die Krise der Realwirtschaft verschärft die Krise im Finanzsektor.

Die unterschiedlichen Krisenherde (Schwellenländer, EU, US-Realwirtschaft) drohen in einen Rückgang der weltweiten Wirtschaft und in eine Weltwirtschaftskrise zu münden – die erste nach der »Großen Krise« 1929 bis 1932. Eine solche Entwicklung würde aller Voraussicht nach auch den US-Dollar als Weltwährung in Frage stellen und damit das Weltfinanzsystem in seinen Grundfesten erschüttern.

Plan P des US-Finanzministers  
In dieser gefährlichen Situation starrt in den USA alles – und starren Hunderte Millionen Menschen auf der ganzen Welt – auf einen Mann: auf Henry Paulson und seinen Plan zur Rettung des US-Finanzsystems. Paulson selbst formuliert es hochdramatisch:

»Möglicherweise geht es um die Rettung der weltweiten Finanzarchitektur.«

Die Mainstream-Medien in den USA – überwiegend auch die in Deutschland – stellen den Plan P des Mr. P. als eine rationale, sinnvolle Sache dar. Da gibt es die Gefahr eines »melt down«, des Durchbrennens aller Sicherungen im US- und im weltweiten Finanzsystem. Dann kommt ein cooler Zwei-Meter-Finanztyp daher und versucht in aller Ruhe, die Sicherungen auszuwechseln bzw. durchgebrannte Drähte provisorisch wieder zu verbinden. Unisono heißt es, daß es grundsätzlich keine andere Lösung der Krise gäbe als den Plan P. Auch andere G-8-Staaten begrüßten das Vorhaben (selbst wenn sie sich, auf Drängen des deutschen Finanzministers, an dessen Finanzierung nicht beteiligen wollen). Immer wieder wird darauf verwiesen, der ehemalige Investmentbanker Henry Paulson, der früher immer für den freien Markt eingetreten sei, handle nun entgegen seinen Überzeugungen; er sei der typisch pragmatisch-US-amerikanische, im Sinne des staatlichen und des Gemeinwohls agierende Politiker. An diesem im Grunde antagonistischen Widerspruch zwischen einer ehemals bösen »Heuschrecke« und einem nun rational agierenden Toppolitiker stoßen sich viele vor allem deshalb nicht, weil ihnen nichts anderes bleibt, als auf ein Wunder zu hoffen. Ein solcher Glaube beruhigt Millionen Menschen, die angesichts der kaum durchschaubaren – und von den Medien bewußt kaum erklärten – Erschütterungen im Weltfinanzsystem nach einem ruhigen Pol und einem Rettungsplan suchen. Die Zustimmung reicht weit ins linke Lager. Oskar Lafontaine etwa fände es »ratsam, wenn die deutsche Regierung (...) erkennt, daß man jetzt zusammenarbeiten muß«. Der US-Plan sei, so wird Lafontaine in der Süddeutschen Zeitung (24.9.) zitiert, »alternativlos«.

Agent seiner Klasse

Eine realistische, materialistische Analyse dieses Plans sollte dagegen den Hintergrund von Mr. Paulson im Auge behalten. Seine wirklichen Zielsetzungen dürften sich aus seiner Herkunft erklären. Paulson arbeitete

von 1974 bis 2006 für die Investmentbank Goldman Sachs, die inzwischen einzige überlebende Investmentbank der USA (bis März 2008 gab es ihrer noch fünf).<sup>1</sup> Von 1998 bis 2006 war er dort Topmann. Paulson wurde im Juni 2006 als Nachfolger von John Snow US-Finanzminister. Man könnte sagen, daß dies zu einem Zeitpunkt erfolgte, als kluge Leute den kommenden Crash vorhersahen. Wenn Paulson diesen Job annahm, dann ganz sicher nicht des Geldes wegen – sein Vermögen wird auf 600 Millionen US-Dollar geschätzt. Das offizielle Gehalt eines US-Finanzministers liegt bei einem Bruchteil dessen, was er bei Goldman Sachs verdient hatte. Interessanterweise hat sich Paulson beim Eintritt in die Regierung George W. Bush explizit »die gleiche Gestaltungsmacht wie Außenministerin Condoleezza Rice und (der damalige) Verteidigungsminister Donald Rumsfeld« ausbedungen. Er hatte also von Anfang an einen Sonderstatus. Und er brachte auch gleich einige Jungs von Goldman Sachs mit – so Dan Jester und Steve Shavran –, die im US-Finanzministerium als sein Expertenteam arbeiten.

Im Klartext: Paulson ist Teil der herrschenden Klasse und in derselben Vertreter des Finanzkapitals. Er handelt in erster Linie als Agent dieser Klasse und dieser spezifischen Klientel. Das betrifft selbst noch Details: Das taumelnde Investmenthaus Bear Stearns wurde staatlich aufgefangen, der scharfe Konkurrent von Goldman Sachs, das Investmenthaus Lehman Brothers, wurde in die Pleite gestoßen. Paulson ist der klassische Vertreter einer Kapitalgruppe, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt als »the Banksters« bezeichnet hatte. Denn sein Plan läuft auf eine Art Urbi-et-Orbi-Generalabsolution für die akkumulierten Todsünden des US-Finanzsektors hinaus: Den größten Teil der in riskanten Finanzmarktgeschäften angehäuften faulen Kredite übernimmt der Staat. Es geht offiziell um einen Betrag von 700 Milliarden US-Dollar; Wolfgang Münchau geht in der Financial Times Deutschland (24.9.) davon aus, daß es am Ende »eher 2000 als 700 Milliarden Dollar« sein werden. Die

Behauptung, es gehe hier um einen »unamerikanischen finanziellen Sozialismus« (so der republikanische Kongreß-Abgeordnete Jim Bunning) oder gar die ironische Bemerkung, man kehre nun »zu den Steinzeitrezepten des Sozialismus zurück, also Verstaatlichung« (so Oskar Lafontaine), finden keine Entsprechung in den harten Fakten von Paulsons Plan. Diese unglaubliche Summe von 700 oder 2000 Milliarden US-Dollar wird den Finanzinstituten ohne Gegenleistung geschenkt. Sie können nach dieser Stärkung also erneut ihre riskanten Spiele betreiben.

Ein interessanter Aspekt ist dabei die Auswirkung dieses Vorhabens auf die US-Wahlen. Wird Plan P umgesetzt, dann erhöhen sich die US-Verschuldung und die dortigen Haushaltsdefizite dramatisch. Alle Wahlversprechen der beiden Kandidaten – höhere staatliche Ausgaben (Barack Obama) bzw. Steuersenkungen (John McCain) sind damit bereits vom Tisch. So ist es nicht verwunderlich, wenn McCain ankündigte, nach seiner Wahl zum US-Präsidenten Paulson als Finanzminister weiterzubeschäftigen – und auch Obama andeutete, er werde als US-Präsident Paulson »für eine Übergangszeit im Amt belassen«. Drei Lehren Unabhängig vom weiteren Fortgang der Finanzkrise und der Umsetzung beziehungsweise Ausgestaltung von Plan P gibt es drei erste Lehren der Finanzkrise, die zu ziehen sind.

Erstens. Dokumentiert wird die Verlogenheit der Herrschenden, die uns jahrzehntlang sagten: »Für dies und das, für all den ›Sozialklimbim‹ fehlt leider das Geld«. All dies Geld ist nunmehr plötzlich da – freilich für diejenigen, die ohnehin damit gesegnet sind (bzw. die derzeit abstürzen könnten und mit solchem Geld vor dem Absturz gerettet werden).

Erinnern wir uns, daß Hartz IV mit dem Fehlen von ein paar Dutzend Milliarden Euro im Staatshaushalt begründet wurde. Denken wir daran, daß die Gewährung nicht

zurückzahlender Stipendien anstelle von BAföG auf Kreditbasis ein paar hundert Millionen Euro im Jahr kosten würde. Rufen wir ins Gedächtnis, daß ein paar Dutzend Milliarden US-Dollar ausreichen würden, um in den USA allen Menschen eine Standard-Krankenversicherung zugute kommen zu lassen, also auch den knapp 40 Millionen Personen, die derzeit keinerlei Krankenversicherung haben.

All diese – und andere – Finanzierungen für elementare Anforderungen sozialer Gerechtigkeit wurden in den letzten fünfzehn Jahren abgelehnt mit dem Argument, es gebe »keine finanziellen Spielräume«; Geld sei nicht (mehr) vorhanden. Man müsse sparen. Inzwischen erleben wir, daß ein Vielfaches all dieser Summen plötzlich vorhanden ist, wenn es darum geht, nicht die sozial Schwachen abzusichern, sondern die materiell Starken zu füttern und deren Risiken in sichere staatliche Häfen zu bringen. Das trifft in großem Maßstab auf die USA zu. Das trifft aber auch auf Deutschland zu, wie die Übernahmen von Belastungen in Höhe vieler Milliarden Euro im Fall der angeschlagenen Banken IKB, SachsenLB, WestLB, Bayern LB und KfW zeigten.

All das Geld war natürlich immer da. Der Klassencharakter der Gesellschaft zeigt sich auch darin, wann dieses Geld »nicht da« ist – und wann es im Überfluß auftaucht und wie und wo es eingesetzt wird.

Dabei gibt es einen fatalen inneren Zusammenhang: In den Jahren zuvor, als all diese Kürzungsmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerung durchgesetzt wurden, sind gewaltige Beträge der öffentlichen Hand entzogen worden – u.a. durch »Steuerreformen« und Steuersenkungen. Sie blieben bei den großen Konzernen und Banken oder gelangten in spezifische Kapitalsammelstellen. Ein großer Teil dieser Gelder wurde in spekulative Geschäfte investiert – was zu den verschiedenen Spekulationsblasen führte, einem Ausgangspunkt der aktuellen Krise.

Zweitens. Zwei Jahrzehnte lang wurde gesagt: Im Rahmen der Globalisierung haben die Nationalstaaten und die nationalen Regierungen ihre Macht verloren; es dominieren allein die Finanzmärkte. Tatsächlich erleben wir aktuell das Gegenteil: Die Finanzmärkte kontrahieren und schrumpeln, der Staat zeigt seine Muskeln – wenn auch zugunsten der Reichen und Vermögenden.

Es war in bürgerlichen wie in globalisierungskritischen Kreisen kaum mehr umstritten, vom totalen Niedergang der Nationalstaaten zu reden und zu behaupten, die Finanzmärkte allein bestimmten inzwischen den Gang der Wirtschaft. Natürlich ist unbestreitbar, daß es in jüngerer Zeit eine Schwächung der nationalen (politischen) Ebene und eine Stärkung des internationalen Finanzsektors gab. Die Verabsolutierung dieser Position war jedoch schon immer falsch. Es machte stets Sinn, wenn ein Kanzler Schröder oder eine Kanzlerin Merkel ihre Flügel in strategisch wichtige Länder in Begleitung einer halben Hundertschaft Industrieller und Banker absolvierten. Wären die Topleute der Wirtschaft allein geflogen, wäre das für sie weniger lukrativ gewesen. Auch in diesen vorausgegangenen Zeiten war der Staat wichtig.

Inzwischen erleben wir flächendeckend, wie die Märkte kapitulieren und der Glaube an deren rationale Kraft schwindet. Regierungen und Politiker greifen heftig in das Markt- und Börsengeschehen ein – beispielsweise, wenn sie nunmehr »Leerverkäufe« von Aktien – das Wetten auf den weiteren Verfall der Kurse – verbieten (dabei wurden diese Geschäfte noch vor wenigen Monaten als Teil der »Rationalität der Finanzmärkte« gepriesen).

Vor allem aber gilt inzwischen der Staat als letzter Retter in der Not. Es ist die US-Regierung, die Bear Stearns, Fannie Mae und Freddie Mac und die Versicherung AIG retteten – bzw. sich weigerte, den Lehman Brothers ebenfalls einen Rettungsring zuzuwerfen. Es war die deutsche

Bundesregierung bzw. es waren Landesregierungen, die die genannten gestrauchelten deutschen Finanzinstitute stützten. Interessant ist hier erneut Plan P: Ein großes Finanzinstitut, das sich in jüngerer Zeit als »vaterlandsloser Gesell« erwies und seinen Unternehmenssitz ins Ausland oder in eine Steueroase verlegte, ginge bei Paulsons Rettungsplan leer aus. Ausdrücklich heißt es in dem Entwurf für das neue Gesetz, das Finanzministerium könne hypothekenbezogene Kredite »von jedem Finanzinstitut, das seinen Firmensitz innerhalb der USA hat, übernehmen.«

Drittens. Seit Jahrzehnten wird uns gesagt, »freedom and democracy«, Freiheit und Demokratie, die Selbstbestimmung der Bevölkerung und Kapitalfreiheit, gingen Hand in Hand. Die aktuelle Krise der Finanzmärkte verdeutlicht, daß Entscheidungen, die Hunderte Millionen Menschen enorm belasten, von ein paar Dutzend Personen gefällt werden. Es herrscht die nackte Wirtschaftsdiktatur.

Seit Ausbruch der Finanzkrise wurden weltweit Hunderte Milliarden Dollar und Euro eingesetzt, um die Krisentendenzen abzuschwächen. Allein die Rettung der diversen staatlichen und staatsnahen Finanzinstitute in Deutschland hat bereits Dutzende Milliarden Euro an staatlichen Geldern verschlungen. In den USA mußten bereits mehrere hundert Milliarden Dollar »investiert« werden, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Plan P sieht vor, diesen Betrag mindestens zu verfünffachen. Völlig unabhängig von der Frage, ob all das sinnvoll ist oder ob der Krise vielleicht anders begegnet werden sollte, ist das Folgende interessant: Fast alle diese Entscheidungen werden in einem kleinen abgeschotteten Kreis gefällt. Die Parlamente bleiben weitgehend außen vor. Auch die Regierungen können die aktuellen Entscheidungen meist nur abnicken. US-Präsident George W. Bush ist weitgehend von der Bildfläche verschwunden. Wenn er sich denn äußert, dann in Form eines Rezitators: Ihm werden Texte vorgelegt, die

er weitgehend tonlos – da unverstanden, weil an dessen Zustandekommen unbeteiligt – wiedergibt. Das war im übrigen nicht anders, als vor einem Jahr die SachsenLB über Nacht »gerettet« und an die baden-württembergische LBBW notverkauft werden mußte. Das Parlament konnte den Deal, der mit Milliarden Euro an Steuergeldern finanziert werden muß, nur abnicken. Sachsens CDU-Ministerpräsident Milbradt gab den Rezitator.

Dieses strikt antidemokratische Grundverständnis, wie im Kapitalismus Krisen gelöst (und dabei möglicherweise perspektivisch verschärft) werden, wird in »Section 8« von Plan P glasklar zum Ausdruck gebracht: »Entscheidungen, die der Minister gemäß der ihm mit diesem Gesetz erteilten Vollmacht trifft, sind dem Ermessen des Amtsträgers anheimgestellt und nicht überprüfbar, sie unterliegen keiner gerichtlichen oder irgendeiner administrativen Kontrolle.« Das heißt, Entscheidungen über eine der größten Umverteilungsaktionen in der US-Geschichte, die zu einem drastischen Anstieg der US-Staatsschuld führt und mit der 250 Millionen Menschen auf Jahrzehnte belastet werden, werden von einer kleinen Gruppe von Personen, die in enger Verbindung mit den Top-Finanzinstituten stehen, entschieden. Was dabei wer wie entschieden hat, soll für niemanden nachvollziehbar oder gar anfechtbar sein. Angesichts dessen bleibt im Grunde nur der revolutionäre Weg, die Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse, offen.

In den Worten des Ökonomen Nouriel Roubini von der New York University, der bereits 2006 den Finanzkrach, ausgehend vom Markt für hypothekenbezogene Wertpapiere vorhergesagt hatte: »Da sagt dieser Paulson: ›Glaubt mir, ich werde alles richtig machen, wenn ich die absolute Kontrolle bekomme«. Aber wir leben doch nicht in einer Monarchie!«

Die Macht der Alleinherrscher  
Tatsächlich sind die Regierungsform und die Handlungsweise, die in der gegenwärtigen Krise vorherrschen, absolutistisch und autokratisch. In der Zeit des Absolutismus

wurde die Macht der Alleinherrscher von Gott, einer nicht hinterfragbaren Instanz, abgeleitet. Die moderne Begründung für den aktuellen Absolutismus besteht in Verweisen auf »Sachzwänge«, die »schnelle Entscheidungen« erforderten. Ein ergänzender Verweis auf Gott kann dabei nicht schaden. Auf die Frage eines Kongreßabgeordneten, was passieren würde, wenn Plan P im Parlament abgelehnt werde, antwortete Paulson: »Dann Gnade uns Gott!« Doch die Dromokratie, die Herrschaft der Geschwindigkeit<sup>2</sup>, als Gegensatz zur Demokratie, die auch ausreichend Zeit für Entscheidungen verlangt, ist eine bewußt herbeigeführte. Bis vor wenigen Jahren mußten Hypothekenkredite in den Büchern und Bilanzen der die Kredite vergebenden Institute bleiben; sie durften nicht weiterverkauft und schon gar nicht mit dubiosen anderen Papieren gebündelt und verschnürt und internationalisiert werden. Indem man diese Regulierung aufgab und den Hypothekenmarkt umfassend deregulierte, schuf man erst das Diktat von Markt und Geschwindigkeit.

Bleibt die Behauptung, es gebe keine Alternative zur Handlungsweise des Mr. Paulson und zu seinem Plan P. Hier ist nicht die Rede von einer sozialistischen Politik (was ja durchaus vertretbar wäre). Tatsächlich gibt es auch im Rahmen der bürgerlichen Politik einen Plan B. Nach diesem könnte man den hochverschuldeten und oft vor der Pleite stehenden Finanzinstituten anbieten, daß sie faule Kredite im Tausch gegen

Eigentumsrechte des Staates an eine öffentliche Institution abgeben können. Immerhin wurde so in den Fällen der De-facto Verstaatlichungen von Fannie Mae, Freddie Mac und des Versicherers AIG vorgegangen. Dann würde der Staat und dann würden indirekt die Steuerzahlenden am Ende der Prozedur über ein in großen Teilen staatliches Finanzsystem verfügen, aus dessen späteren Gewinnen die Kosten der Unternehmung »bad bank« weitgehend abgedeckt werden könnten. Die Kosten für die Bevölkerung würden bei einem Bruchteil der gegenwärtigen liegen. Der fatale Effekt, daß privaten Finanzinstituten, die sich mehr als eineinhalb Jahrzehnte als skrupellose Zocker betätigt hatten, bedeutet wird: »Wir nehmen alle eure Schulden – und ihr könnt von neuem beginnen!«, wäre dann nicht gegeben. – Aber das wäre dann tatsächlich, um die Worte von Lafontaine zu zitieren, ein »Steinzeitrezept des Sozialismus, also Verstaatlichung«.

1 Die Investmentbank Bear Stearns wurde im März 2008 mit staatlicher Unterstützung, von der Investmentbank Morgan Stanley übernommen, die Investmentbank Merrill Lynch wurde im August von der Bank of America geschluckt; die Investmentbank Lehman Brothers ging im September pleite. Ebenfalls im September stieg bei Morgan Stanley die Mitsubishi Bank als großer neuer Anteilhaber ein.

2 dromos, griechisch, die Geschwindigkeit; kratos = die Herrschaft

## **Der finanzielle Reichstagsbrand: Chronologie eines kalten Staatsstreichs durch eine inszenierte Krise**

Quelle:

<http://www.radio-utopie.de/2008/10/07/der-finanzielle-reichstagsbrand-chronologie-eines-kalten-staatsstreichs-durch-eine-inszenierte-krise/>

Anmerkung: Wenn ihr direkt auf diese Internetseite geht, könnt ihr die verwendeten Quellen und die integrierten, interessanten Videos, die in den Text eingebaut sind sehen!!

Autor: [Daniel Neun](#) • 7. Oktober 2008

**Der Paulson Plan des US-Finanzministers soll die globalisierten Banken zu staatlichen Institutionen machen und eine Neue Weltordnung installieren. Funktionieren kann dies nur, wenn der Systemwechsel zu Diktatur und Staatskapitalismus auch in Deutschland erzwungen werden kann.**

## CHRONOLOGIE

**Freitag, 19. September, 2008:**

Die US-Regierung verkündet die Absicht einen Systemwechsel der Vereinigten Staaten einzuleiten. Anstelle der bisher offiziell noch geltenden "Marktwirtschaft" soll eine staatskapitalistische Wirtschaftsordnung implementiert werden. Faktisch stellt Finanz- und Handelsminister Henry Paulson, ehemaliger Chef der weltweit operierenden Bank Goldman Sachs, einen Plan zur Übernahme der Bankenschulden in unbegrenztem Umfang vor. Im Laufe des Tages ist nach seiner Pressekonferenz die Rede von 700 Mrd Dollar.

Eine Fantomzahl, wie sich bald herausstellt. Im "Bail Out" (den man im Übrigen auch als "Absprung" übersetzen kann) ist zwar zu lesen, dass die Obergrenze der genehmigten Ausgaben "für den Erwerb von Guthaben in Verbindung mit Hypotheken" durch den US-Handels- und Finanzminister bei 700 Mrd Dollar liegt.

Im Paulson-Plan ("Bail Out") wird aber in zwei Abschnitten die Gewaltenteilung faktisch aufgehoben. Dieser Plan ist ein finanzielles Ermächtigungsgesetz, welches im Falle einer Annahme dem vom US-Präsidenten ernannten Finanzminister (der dann vielmehr Finanzdiktator ist ohne je von irgendwem gewählt worden zu sein) die Vollmacht gibt, **Banken zu Regierungsinstitutionen zu machen - ohne jede demokratische oder juristische Kontrolle, bei unlimitierten Ausgaben und unbegrenztem Budget.**

Noch einmal die entscheidenden Abschnitte im [Paulson Plan](#), welcher am 19. September dem Parlament vorgetragen wird:

"Sec. 2. Purchases of Mortgage-Related Assets.

...

(b) Necessary Actions.—The Secretary is authorized to take such actions as the Secretary deems necessary to carry out the authorities in this Act, including, **without limitation:**

(1) appointing such employees as may be required to carry out the authorities in this Act and **defining their duties;**

(2) entering into contracts, including contracts for services authorized by section 3109 of title 5, United States Code, **without regard to any other provision of law** regarding public contracts;

(3) **designating financial institutions as financial agents of the Government**, and they shall perform all such **reasonable (?)** duties related to this Act as financial agents of the Government as may be required of them;

Sec. 8. Review.

Decisions by the Secretary pursuant to the authority of this Act are non-reviewable and committed to agency discretion, **and may not be reviewed by any court of law or any administrative agency.**"

Diese entscheidenden Sätze, nicht das Blabla, nicht das Fingergewedel, nicht die bunten Talkshows zur Beruhigung der Unterschichten und Ausgeplünderten, sondern

diese Sätze des schriftlichen Vertrages, welcher am 19. September 300 Millionen Amerikanern vor die Nase gesetzt wurde, **diese** gilt es sich nun zu merken.

Bereits zu diesem Zeitpunkt haben die Banken innerhalb nur weniger Tage die Vereinigten Staaten von Amerika 900 Milliarden Dollar gekostet. Ausgegeben wurden durch die Bush-Cheney-Paulson-Regierung, mit Zustimmung des Kongresses:

- **200 Mrd Dollar** für die Immobilienbanken Fannie Mae und Freddie Mac
- **300 Mrd Dollar** für den Hypotheken-Versicherer Federal Housing Administration
- **4 Mrd Dollar** für die Kommunen, nur um bereits verlassene Immobilien zu reparieren und Geisterstädte vor dem völligen Verfall zu bewahren
- **85 Mrd Dollar** für den "Versicherer" AIG
- Mindestens 87 Mrd. Dollar Rückzahlung an JP Morgan in Sachen Lehman
- **29 Mrd Dollar** für JP Morgans Übernahme von Bear Stearns und
- **ca. 200 Mrd Dollar** für ausstehende Zentralbankkredite an das Bankensystem.

D.h.: innerhalb eines Monats beschliesst die US-Regierung für das im Zuge der Globalisierung weltweit vernetzte Finanzsystem 1.6 Billionen Euro Steuergelder der US-Amerikaner auszugeben.

Dabei wird bereits zu diesem Zeitpunkt schon mit sehr viel mehr an Staatsausgaben für das Kapital gerechnet - interessanterweise gerade durch deutsche Banker. Dazu schreibt der Schweizer "Tagesanzeiger" am 19. September:

"Analysten der deutschen Commerzbank verweisen in einem Bericht auf Erfahrungen mit derartigen Rettungsaktionen in anderen Ländern. «In Schweden kostete die Rettung der Banken Anfang der 90er-Jahre den Staat 6 Prozent des BIP.» Schätzungen für die Kosten der Stützung des japanischen Bankensystems in den 90er-Jahren gehen den Frankfurter Bankern zufolge sogar auf 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Sollte es den US-Staat, wie bei der schwedischen Rettungsaktion, 6 Prozent kosten, würde das einer Summe von etwa 850 Milliarden Dollar entsprechen. Daher drohe dem Steuerzahler für eine «grosse Lösung eine erhebliche Rechnung» – entsprechend dem Beispiel Japans wären das knapp **3 Billionen Dollar.**"

Samstag, 20. September:  
Wie die "Washington Post" einen Tag später berichtet, versucht die US-Regierung zu diesem Zeitpunkt

"Druck auf ihre Gegenüber in Japan, Deutschland, Grossbritannien und anderswo auszuüben, **um ähnliche Programme zur Rettung ihrer eigenen in Schwierigkeiten befindlichen Firmen zu etablieren**, was ein noch nie dagewesener Rettungskauf (oder: "Absprung", "Bail Out") des weltweiten Finanzsystems bedeuten würde"

In Deutschland folgt die "Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht" (BaFin) dem Vorbild der New Yorker Wall Street und verbietet Leerverkäufe ("Shortselling"). Betroffen sind die Aktien der Aareal Bank, Allianz, AMB Generali, Commerzbank, Deutsche Bank, Deutsche Börse, Deutsche Postbank, Hannover Rück, MLP, der Münchener Rück - und der Hypo Real Estate.

**Sonntag, 21. September:**  
Goldman Sachs, deren Chef einmal US-Handels- und Finanzminister Henry Paulson gewesen ist, erklärt sich zusammen mit der anderen noch existierenden "Investmentbank" Morgan Stanley an der Wall Street zu Holding Unternehmen.  
Damit ist ein zwanzig Jahre andauernde Ära des Hochkapitalismus zu Ende. "Investmentbanken" gibt es nicht mehr. Goldman Sachs und Morgan Stanley unterstellen sich nun zwar offiziell der US-Notenbank, können aber gerade dadurch auf neue Geldzufuhr aus der Druckerei der Dollars hoffen.

Paulson versucht derweil in Interviews für 4 grosse Fernsehstationen die Öffentlichkeit zur



Annahme seines Plans zur Finanzierung des Finanzsystems und der Banken zu bewegen. Er weiss, dass die anschliessende Annahme durch das Parlament auf dieser Akzeptanz beruht.

Langsam dämmert es nun auch den Konservativen in den USA, was hier eigentlich im Gesetzestext steht.

Der Clou der Massnahmen Henry Paulsons, so Wall Street Historiker John Steele Gordon, läge darin, dass er durch die Annahme seines Gesetzentwurfs **“in Wirklichkeit zum Diktator des Amerikanischen Finanzsystems”** würde.

Auch der Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz kritisiert das Verhalten der US-Regierung während der Finanzkrise scharf. Er erwarte durch die Verstaatlichung mehrerer Banken und Finanzkonglomerate einen Schaden für die US-Bürger in Höhe von 2 Billionen Dollar, wobei die Kosten jetzt schon bei 900 Milliarden Dollar lägen, so Stieglitz. Stiglitz zieht auch einen Zusammenhang mit dem laufenden Weltkrieg der USA.

“Dazu kommen die Steuersenkungen der vergangenen Jahre und die Kosten für den Krieg im Irak und Afghanistan - das alles hat die Wirtschaft geschwächt und die Notenbank Fed ermuntert, eine Politik billigen Geldes zu betreiben.”

In der Tat lassen die in Europa nicht sonderlich bekannten Weissen Löcher des dafür umso mehr bekannten Hauses nun in den USA die Frage aufkommen, warum man dieser US-Regierung (gerade hinsichtlich der Kriege in Zentralasien und Arabien) weitere 700 Mrd Dollar schenken soll.

Allein durch angeblich überhöhte Gebühren des Pentagon, welche an das Innenministerium für die Verwaltung von Bundesland gezahlt worden sein sollen, verschwanden 1.7 Milliarden Dollar. Dabei muss man wissen, dass grosse Teile der US-Söldnertruppen über das US-

Innenministerium geführt werden, um die Kongressaufsicht zu umgehen.

In ungezählten Skandalen, natürlich alle ohne wirkliche Konsequenzen, verschwanden Milliarden und Abermilliarden von Steuergeldern für den “Aufbau” im Irak, im Zuge von Massnahmen und Aufträgen in New Orleans nach dem Hurrikane Katrina und natürlich in Rüstungsaufträgen.

Das alles ist nichts gegen den Klassiker: das Pentagon höchstselbst. Im Jahre 2003 hob das US-Militär die Hände und sagte

**“Huch, ich habe eine Billion Dollar verloren, darunter 56 Flugzeuge, 32 Panzer und 36 tragbare Luftabwehrraketen.”**

Gut, dass die Amerikaner so in Übung waren, sonst wären sie bei solchen Botschaften so kurz nach der gewonnenen Invasion des Irak noch durcheinander gekommen.

Denn schon im Jahre 2001 fragte US-Senator Robert Byrd den damaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, wie es sein könne, dass das Pentagon eine Erhöhung des Verteidigungsetats von 50 Milliarden verlangen könne, wenn die Rechnungsprüfer des Pentagons selbst nicht erklären könnten wie innerhalb eines einzigen Jahres die unglaubliche Summe von **2.3 Billionen Dollar** irgendwo verloren worden sei.

*Hier ist auf der internetseite des Artikels eine Film-Dokumentation*

Rumsfeld hatte dies übrigens passenderweise am 10.September 2001 bekannt gegeben.

*Hier ist auf der internetseite des Artikels eine Film-Dokumentation*

Einen Tag später gab es bekanntlich einen Flugzeugabsturz ohne Flugzeug, genau in die

Buchhaltungsabteilung des  
Verteidigungsministeriums.

In den USA fragt sich am deshalb am 21. September 2008 nicht nur die [“New York Times”](#) “was dieser Bail Out eigentlich bewirken soll”.

In dieser Situation bittet US-Handels- und Finanzminister Henry Paulson die Finanzminister der G7-Staaten zu einer Telefonkonferenz in der Sonntag Nacht vor Öffnung der Börsen in Asien.

Teilnehmer sind neben Paulson für die USA: Grossbritannien (Alistair Darling), Deutschland (Peer Steinbrück), Italien (Tommaso Padoa-Schioppa), Frankreich (Christine Lagarde), Kanada (Jim Flaherty) und Japan (Fukushiro Nukaga).

Ziel dieser Telefonkonferenz Paulsons ist die Übernahme seiner Massnahmen durch die restlichen G7-Staaten und eine Beteiligung der Staaten am 700 Mrd Dollar “Bail Out” für die Banken .

Vor dieser Telefonkonferenz versucht Paulson in einem geschickten Schachzug Druck auf Steinbrück aufzubauen. Er [bietet an](#), auch Banken mit Sitz in Europa in seinen “Bail Out” mit einzubeziehen.

Diese hätten dann die Möglichkeit, wertlose US-Hypothekenbriefe (welche gerade gezielt den provinziellen und unprofessionellen deutschen Staatsbanken angedreht worden waren) wieder loszuwerden und an den Staat USA zu verkaufen. Gleichzeitig fordert er genau dafür von Steinbrück und der deutschen Bundesregierung Geld.

**D.h.: der US-Finanzminister Henry Paulson bietet Peer Steinbrück eine verdeckte Subvention der “eigenen” Banken an.**

Paulson zielt dabei direkt auf die “Deutsche Bank” Ackermanns. Gerade die “Deutsche Bank” ist leicht zu erpressen, da sie durch den Erwerb von “Bankers Trust” in den USA tief

involviert ist. Allein 11 Milliarden hat die deutsche Bank so in hochriskanten Investitionen liegen, welche direkt von einer Pleite bedroht sind - wenn Paulson sie über die Klinge springen lässt.

Dementsprechend kann der US-Finanzminister die “Deutsche Bank” unter Druck setzen (die längst keine deutsche Bank mehr ist sondern ein ganz normaler globalisierter Finanzkonzern) und die wiederum muss dementsprechend Druck auf die deutsche Bundesregierung ausüben, um sich dem US-Paulson-Plan anzuschliessen und den wirtschaftlichen Systemwechsel mitzumachen.

Doch trotz dieses komplizierten Geflechts der gegenseitigen Abhängigkeiten: Steinbrück lehnt ab.

**Montag, 22. September:**  
Sämtliche Äusserungen aus dem Regierungsviertel Berlins sind, quer durch alle Parteien und Fraktionen, eindeutig: die strukturelle Übernahme von Bankenschulden, mithin die Verschmelzung staatlicher und finanzkapitalistischer Strukturen, gar Vollmachten zur unbegrenzten Subvention der Kapitalgesellschaften werden abgelehnt.

Der Finanzsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter:

“Die Amerikaner haben die Finanzkrise hervorgerufen, ihre Risikogeschäfte bringen die gesamte Welt in Bedrängnis und von daher glaube ich, dass vor allem die amerikanischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gemeinsam an der Lösung dieser Probleme arbeiten sollten”

Der SPD-Fraktionsvize Joachim Poß:

“Die Amerikaner können jetzt nicht für ihr Versagen und ihre Arroganz Deutschland in die Haftung nehmen. In Deutschland ist ein vergleichbares Vorgehen weder geplant noch erforderlich”

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europaparlament, Martin Schulz:

“Wir brauchen Regeln, wie man diesen ausgerasteten Finanzkapitalismus, den wir in den letzten Jahren erlebt haben, an die Kette legen kann”

Demgegenüber hatte die französische Finanzministerin (zu einem undurchsichtigen Zeitpunkt, entweder vor oder nach der G7-Telefonkonferenz) noch etwas ganz anderes erzählt.

“Wir werden uns in einer Telefonkonferenz beraten und es ist sehr wahrscheinlich, dass wir dem amerikanischen Plan unsere Unterstützung zusagen werden”.

Was nicht so laut gesagt wird: es ist bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass die Deutschen bereits nächstes Jahr Milliarden von Euro aus eigener Tasche für die Kapitalgesellschaften bezahlen werden müssen.

Der SPD-Obmann im Haushaltsausschuss, Carsten Schneider, schätzt in einem [Interview](#) allein die Ausfälle bei den Steuereinnahmen der Bundesregierung durch geringeres Wachstum “auf zwei bis drei Milliarden Euro”, ausserdem Belastungen aus der Rettungsaktion für die Mittelstandsbank IKB in Höhe von (nur) 1,2 Milliarden Euro, eine Bürgschaft von 600 Millionen Euro und “Wertverluste” bei der Staatsbank KfW im “einstelligen Milliardenbereich”. Diese Ausfälle gelte es “im Rahmen des Haushaltsverfahrens bis November einzusparen”, so SPD-Haushaltsexperte Schneider.

Derweil erklimmt in Washington die demokratische Abgeordnete Marcy Kaptur das Rednerpult des US-Repräsentantenhauses und rechnet brutal mit der Verschwörung im Weissen Haus ab. [Ihre Sätze](#) sind es wert, in Stein gemeisselt zu sein.

**“Madame Parlamentspräsidentin, hier kommt das letzte Reality Game. Lassen Sie uns Wall Street Rettungskauf spielen.**

**Regel Nr.1: Dränge zu einer überstürzten Entscheidung. Beginn das Spiel in der Woche vor einer regulären Tagungspause des Kongresses und nur 6 Wochen vor einer historischen Wahl, so dass Deine Gegner abgelenkt, unter Druck gesetzt, verwirrt und in Eile sind.**

**Regel Nr.2: Entwaffne die Öffentlichkeit durch Angst. Warne davor, dass das gesamte globale Finanzsystem kollabieren wird und die Welt in eine neue Grosse Depression stürzt. Kontrolliere die Medien genug um sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit nicht bemerkt, dass dieser Bail Out sie für Generationen verschulden wird und sie um Billionen von Dollar bestiehlt, die sie verdient haben und verdient haben zu behalten.**

**Regel Nr.3: Kontrolliere das Spielfeld und bestimme die Regeln. Verbirg vor der Öffentlichkeit und dem grössten Teil des Kongresses, wer diesen Deal arrangiert. Kommuniziere mit der Öffentlichkeit durch gezielte Verlautbarungen gegenüber Medieninsidern. Begrenze alle öffentlichen Kongressanhörungen. Kommuniziere mit dem Kongress über private Telefonkonferenzen. Vergrössere die politische Ängstlichkeit, indem Du mit jeder politischen Partei einzeln redest. Behandle Mitglieder des Kongresses herablassend, erzähl ihnen die Materie sei so komplex, dass sie sich auf diese paar Insider verlassen müssten, die wirklich wissen was gerade geschieht.**

**Regel Nr.4: Lenke die Aufmerksamkeit der Menschen ab und halte sie verwirrt. Manage den Nachrichtenkreislauf so, dass Kongress und Öffentlichkeit keine Zeit haben herauszufinden wer das umsichtige Bankensystem zerstört hat, welches Amerika in den 60 Jahren seit der finanziellen Kernschmelze in den 20ern so gut gedient hat.**

**Regel Nr.5: Behalte immer im Kopf - das Ziel ist die Privatisierung von Gewinnen für Einige und die Sozialisierung von Verlusten für Viele. Über 30 Jahre lang, in einem Finanzskandal nach dem anderen, haben die Spielführer der Wall Street Milliarden Dollar von ihren Gewinnen behalten und ihre Verluste den amerikanischen Steuerzahlern übergebürdet. Wenn dieser Bail Out in Kraft ist, beginnt ihr gieriges Spiel von neuem.**

*Hier ist auf der Internetseite des Artikels eine Film-Dokumentation. Es empfiehlt sich diese anzusehen..*

**Mittwoch, 24.September:**  
Eine der bekanntesten und am meisten geachteten Konservativen der Vereinigten Staaten von Amerika, [Richard Viguerie](#), bezeichnet den Paulson Plan als **“wirtschaftlichen Faschismus”**.

**“Das ist doch nicht zu fassen!** Paulson, der zum Weissen Haus von Goldman Sachs kam, will Diktator des Bail Out für Goldman Sachs und seine anderen Kumpel von der Wall Street werden. Er erzählt dem Kongress, **“Gebt mir einfach das Geld und dann haltet euch raus.”**

**Die Zukunft unserer Nation und unsere Form von Regierung steht auf dem Spiel. Paulson will nicht nur diktatorische Vollmachten, er will die Steuerzahler dazu zwingen für jede faule Hypothek in Amerika zu zahlen und aus seinen Wall Street Kumpanen Wohlfahrtskonkubinen zu machen. Das ist eine Heirat von Wall Street und Politikern, die Benito Mussolini stolz machen würde.**

**Sagt der Paulson-Kongress-Wall Street-Achse der Korruption: Keine Chance. Die Moneten bleiben hier, und sie gehen nicht an die Wall Street”.**

**Donnerstag, 25.September:**  
In Washington verkünden führende Vertreter der beiden Parteien “Republikaner” und

“Demokraten”, man habe sich nun auf eine Zustimmung zum Paulson-Plan geeinigt. Ein gemeinsamer Vorschlag mit Änderungen sei ausgearbeitet worden. Der “neue” Gesetzentwurf wird nicht bekannt gemacht. Aber

“es wurde..mitgeteilt, beide Parteien hätten sich über die umstrittene Frage der Topmanager-Gehälter, über Hilfen für Hausbesitzer und Aufsichtsmechanismen verständigt”

[heisst es.](#)

**Freitag, 26.September:**  
Auf Bloomberg TV [errechnet Analyst Marc Faber](#) eine mögliche Ausgabensumme von **5 Billionen Dollar**, welche durch die Übernahme der Bankenschulden durch den Paulson-Plan auf die US-Bürger zurauscht.

Er kommt allein bei der Bezifferung der hochspekulativen Derivate auf die schwer vorstellbare Zahl von geschätzten **1.300.000.000.000.000 \$**. **1.3 Billionen Dollar (“1,300 trillion”)**.

*Hier ist auf der Internetseite des Artikels eine Film-Dokumentation. Es empfiehlt sich diese anzusehen..*

Faber hatte 1987 den Börsencrash eine Woche vorher vorausgesagt.

Derweil drucken die Notenbanken der US-nahen Staaten weltweit 230 Milliarden Dollar und geben sie den Banken. Allein die EZB druckt 35 Milliarden Dollar. Es heisst, so werde ein **“Austrocknen der Märkte”** verhindert.

Das ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit durch die öffentlich-rechtliche Presse.

Das fundamentale Problem der Weltwirtschaft liegt in der [seit Mitte 2001](#) rasant auseinanderklaffenden Entwicklung der Geldmenge und der realen Wirtschaft. Hatte sich die Geldmenge schon in den letzten Jahrzehnten von der realen Wirtschaft

entfernt, so koppelte sie sich zum damaligen Zeitpunkt völlig ab und blähte sich gigantisch auf.

Zudem beobachtet man seit 1979 eine [völlig neue Entwicklung](#). Während ständig vor “steigender Inflation” und “Inflationsängsten” erzählt wurde, handelte es sich bei dieser Entwicklung um eine Inflation der Preise für Vermögensbestände. Dabei sank wiederum die Inflation der Konsumgüterpreise, welche jedoch immer wieder und beständig an die Wand gemalt wurde, offensichtlich um die latente Gefahr einer drohenden **Deflation** zu vertuschen.

Eine Deflation ist das Tabu der heutigen Finanzreligion schlechthin. Sie beschreibt einen Zustand, in dem einfach nichts mehr gekauft wird, deshalb die Preise fallen anstatt zu steigen, niemand mehr Geld verdient, dadurch der Produktionskreislauf stockt und eine Rezession einsetzt.

Nun ist die Frage: wer kauft eigentlich irgendetwas? Jeder Wirtschaftswissenschaftler weiss - die meisten sagen es in ihrem ganzen Leben nicht ein einziges Mal - dass gerade die armen Bevölkerungsschichten ihr Geld ausgeben, während Reiche dazu neigen Geld zu horten. Logisch - sonst wären sie ja nicht reich, sondern hätten ihr Geld ausgegeben und hätten damit kein Geldvermögen mehr, sondern reale Werte. D.h., die Gefahr einer Deflation ist besonders dann gegeben, wenn die Mehrheit der Bevölkerung verarmt. Ob es nun “oben” eine bis ins unendliche aufgeblähte, virtuelle Geldmenge gibt, ist volkswirtschaftlich irrelevant, da sie nicht verwendet wird.

Nun spricht der entsprechende [Wikipedia-Eintrag](#) die beschwichtigende Sprache der postmodernen und hochkapitalistischen Phase der “Masters of the Universe” in den 80ern. Durch einfaches Gelddrucken der Notenbanken könne eine klassische Deflation wie 1929 vermieden werden.

Ein gefährlicher Irrtum. Vor unseren Augen spielt sich genau das Gegenteil ab. Die Banken horten unglaubliche Summen an Geld, schreien aber gleichzeitig wie ein besessener, kranker Dagobert Duck mit roten Augen auf seinem Talerberg nach mehr und mehr, ohne einen Cent davon in den Wirtschaftskreislauf zu geben. Der Effekt ist ungefähr so, als würde ein fetter alter Mann in einem riesigen Zimmer alle Luft aus Hunderten von Räumen saugen in welchem Tausende von Menschen händeringend und dichtgedrängt nach Luft schnappen.

**Samstag, 27.September:**  
5 EU-Innenminister und US-”Heimatschutz”-Minister Chertoff [sind](#), einen Tag vor der Bayernwahl, in Berlin zu Besuch bei Schäuble.

Gleichzeitig melden dieselben üblichen, verdächtigen Zeitungen, “Experten” Wolfgang Schäubles im Innenministerium würden “befürchten, dass die gesuchten Terrorverdächtigen Eric Breininger und Houssain El Malla in Deutschland einen bereits vorbereiteten Anschlag verüben”. Wenn man eine “Terrorkampagne” korrekt definiert (Schrecken, lat:”terror”), dann ist bereits **das** eine Schreckenskampagne.

Interessanterweise hatte sich Quartals-Zwiedenker Wolfgang Schäuble anlässlich dieses Treffs wieder einmal einen seiner amüsanten Anfälle geleistet. Er brachte es tatsächlich fertig an einem einzigen Tage [gleichzeitig](#) folgendes zu behaupten:

**“Deutschland laut Schäuble im Fokus des Terrorismus”**

**“Deutschland laut Schäuble nicht im Fokus des Terrorismus”**

Die folgsame deutsche Presse machte sich dadurch natürlich mal wieder zum Sapiens.

Auf dem Berliner Gipfel am Samstag beschlossen nun Schäuble, Chertoff, sowie wie die entsprechenden Minister aus Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien



und Polen eine stärkere Überwachung des Internets. Emails von sämtlichen Bürgern der jeweiligen Länder werden nun [ganz offiziell](#) nach Bedarf und Wunsch von den “Sicherheitsbehörden” einfach komplett hin- und hergetauscht. Es reicht ein selbsterklärter Verdacht. Um die deutsche Verfassung scherte sich Schäuble dabei natürlich wie immer nicht.

Wer aber nun den hohen Herren und Damen der Staatssicherheit Europas und der USA so einen Terror einjagt, dass sie auch noch gültige deutsche Datenschutz-Gesetze ignorieren, man weiss es nicht so recht. Fast könnte man es als ein Kompliment an Unbekannte deuten, was die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie da nun bezeugt:

“Die Terroristen wissen, wie sie mit den neuen Technologien umzugehen haben und daran müssen wir unsere weitere Vorgehensweise anpassen”

Was dann einige Tage später in der Presse steht: Chertoff, das “Heimatschutz”-Ministerium der USA und die Bush-Regierung stehen in der ersten Phase eines [weltweiten Überwachungssystems](#) aus dem Weltraum, welches selbst lokalen Polizeibeamten jederzeit Zugriff auf Satellitenbilder mit höchster Auflösung ermöglicht.

Ob dies nur US-Beamte sein werden, ist angesichts der vom deutschen Innenminister immer wieder gebetsmühlenartig beschworenen “verbesserten Zusammenarbeit mit den US-Behörden” höchst zweifelhaft.

**Montag, 29. September:**  
Noch in der Nacht auf Montag, vor Börsenbeginn, [einigt](#) sich die Bundesregierung, die BaFin, die Bundesbank und ein ungenanntes “Bankenkonsortium” auf ein 35 Mrd schweres Rettungspaket für die plötzlich schwankende Immobilienbank “Hypo Real Estate Bank” ([HRE](#)).

Der “größte Finanzierer von gewerblichen Immobilienkunden in Deutschland” gehört zu

24.9 Prozent dem US-Bürger Christopher Flowers mit seiner “J.C. Flowers & Co. LLC”.

Wohlgemerkt wird nur eine “Führungsholding” von drei Banken gestützt, der Hypo Real Estate Bank International, Hypo Public Finance Bank und Hypo Real Estate Bank. Diese sind rechtlich getrennt, obgleich sie “innerhalb des Konzerns aufeinander abgestimmte Ziele” verfolgen.

Trotz der zugesagten Garantie, von der die deutsche Regierung 26,6 Milliarden Euro an Steuergeldern zusagt, schmiert die Aktie der HRE daraufhin am Montag ab. Sowohl Finanzminister Steinbrück, als auch sein Sprecher Torsten Albig, hatten von einer “geordneten Abwicklung” der HRE gesprochen. Bundesbank und BaFin wiederum hatten verlautbart, die Refinanzierung der HRE sei bis Ende 2009 gesichert, die HRE-Banker wollen von einer Abwicklung nichts wissen. [Beobachtern zufolge](#) war die Pleite der HRE bereits Anfang 2007 unverantwortlicher Weise hinausgezögert worden, die Krise und der Milliardenverlust lang abzusehen.

Auch gibt es erhebliche Widersprüche darüber, wie das “Rettungspaket” für die HRE zustande kam. [Laut Aussage von Regierungssprecher Ulrich Wilhelm](#) war die Subvention der Immobilienbank **auch mit europäischen Behörden abgestimmt** worden.

Der Sprecher von EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes dazu: **“Es gab keine Kontakte mit den deutschen Behörden.”**

[Die “Europäische Zentralbank” ordnet](#) im Rahmen einer **“speziellen Refinanzierungsoperation..bei der es kein festgelegtes Volumen gibt”**, das unbegrenzte Geld drucken an, um dann mittels der “erfundenen” Geldmenge der eigenen Währung Dollars zu kaufen.

So bleibt auch in den nächsten Tagen die US-Währung absurd hoch, trotz der

Abermilliarden an neuen angekündigten Staatsausgaben ohne wirtschaftlichen Effekt.

In den USA lehnt das US-Repräsentantenhaus den Paulson-Plan überraschend [mit 228 zu 205](#) ab.

Vorausgegangen war eine wütende Protestbewegung der US-Amerikaner gegen ihre beiden Parteien, gegen die Banken und natürlich gegen ihren Präsidenten. [Michael Moore:](#)

**“Hunderttausende Amerikaner wachten gestern Morgen auf und beschloss, es sei Zeit für eine Revolte. Auch die Politiker hatten nicht damit gerechnet. Millionen Telefonate und Mails hämmerten auf den Kongress ein - so, als wären Marshall Matt Dillon (‘Rauchende Colts’), Elliot Ness und Dog (‘Der Kopfgeldjäger’) persönlich in D.C. gelandet, um das Plündern zu beenden und die Diebe zu verhaften.**

**Das Konzern-Verbrechen des Jahrhunderts wurde gestoppt - mit 228 zu 205 Stimmen. Es war ein historisches Ereignis, ein seltenes Ereignis. Niemand kann sich erinnern, dass ein Gesetz, das sowohl die Unterstützung des Präsidenten als auch der Führung beider Parteien hatte, je abgeschmettert wurde. Es war einfach noch nie dagewesen.**

**Viele fragen sich, warum der rechte Flügel der Republikanischen Partei gemeinsam mit dem linken Flügel der Demokraten gegen diesen Diebstahl stimmte. 40 Prozent der Demokraten und Zweidrittel der Republikaner stimmten gegen das Gesetz.”**

Tja - warum: man lausche und denke ein wenig schmunzelnd darüber nach, dass Politnutten eben überall nur Politnutten, und gottverdammte Flaschen eben überall nur gottverdammte Flaschen sind und zu dumm für die Demokratie.

**“Gestern morgen sah ich mir C-Span an. Es war die beste Comedy-Show (Realsatire) seit langem. Da kamen sie alle an - jene Republikaner, die den Krieg**

**unterstützt und das Land in eine Rekordverschuldung gestürzt hatten, Leute, die gegen jegliche Regulierung gestimmt hatten, mit der man Wall Street hätte kontrollieren können. Da standen sie nun und riefen “Foul!” und standen für den kleinen Mann auf! Einer nach dem andern ging ans Mikro des Kongresses und warf Bush (rhetorisch) unter den Bus oder Zug (allerdings hatten sie zuvor für die Abschaffung der amerikanischen Züge gestimmt). Mann - sie hätten Bush am Lower Ninth Ward in die steigende, reißende Flut geworfen, wenn sie nur einen neuen Hurrikan hätten herbeizaubern können. Wissen Sie, wie Ihr Hund reagiert, wenn er von einem Stinktief angepisst wird? Er jault und rennt herum, um den Gestank loszuwerden. Er rollt sich quer über Ihren Teppich und reibt sich, um den Geruch loszubekommen. So sah es gestern auf der Seite der Republikaner aus - ein Anblick, den man so leicht nicht vergisst.**

**Die 95 wackeren Demokraten, die mit Barney Frank und Chris Dodd gebrochen haben, sind die wahren Helden - so wie jene Wenigen, die im Oktober 2002 aufstanden und gegen einen Krieg im Irak stimmten. Ich will besonders die gestrigen Aussagen der Abgeordneten Marcy Kaptur, Sheila Jackson Lee und Dennis Kucinich hervorheben. Die Drei sagten die Wahrheit.**

**Jene Demokraten, die dafür stimmten, das Geld (Bailout) wegzugeben, handelten größtenteils aus Furcht vor den Drohungen der Wall Street: Wenn die Reichen keine Auslöse bekämen, würden die Märkte verrückt spielen, hieß es. Und das wiederum hieß, bye-bye Aktienpensionsfonds und -rentenfonds.**

**Und raten Sie mal, was passiert ist? Wall Street tat genau das. Gestern fiel der Dow Jones so gewaltig wie noch nie an einem einzigen Tag. Es war der tiefste Fall in der Geschichte der New Yorker Börse. Die Nachrichtenredakteure schrien es gestern Abend hinaus: Die Amerikaner haben**

**gerade 1,2 Billionen Dollar an der Börse verloren!! Ein finanzielles Pearl Harbor! Der Himmel stürzt ein! Vogelgrippe! Killerbienen!**

**Vernünftige Leute wissen natürlich, dass gestern niemand irgendetwas “verloren” hat. Die Kurse fallen, und sie steigen wieder. Auch die Fluktuation wird vorübergehen, weil die Reichen vorsichtig kaufen werden, die Käufe halten, dann verkaufen und anschließend wieder vorsichtig kaufen.**


**Doch für heute gilt, Wall Street und deren Propaganda-Arm (die Netzwerke und Medien, die Wall Street besitzt) werden weiter versuchen, uns Angst einzujagen und uns jeden Schneid auszutreiben. Es wird schwieriger werden, einen Kredit zu bekommen, und einige Leute werden ihre Jobs verlieren.**

**Eine schwache Nation von Jammerlappen wird so einer Folter nicht lange standhalten - oder? Oder werden wir durchhalten? Sieht so unsere Zukunft aus?”**

Natürlich hört man in Deutschland von diesen amerikanischen Stimmen nichts. Stattdessen rücken die ehrenwerten Herren und Damen von der Staats-, Partei- und Bankenpresse an und erzählen den Deutschen, die Amerikaner würden gerade von ihrem Parlament ruiniert, weil dieses gegen die Verschuldung einer ganzen Generation für ein paar Superreiche gestimmt hatte.

In Deutschland [vergleicht](#) der Washingtoner Korrespondent des WDR-Hörfunkstudios, Ralph Sina, in einem “Tagesschau”-Kommentar das US-Parlament mit Terroristen.

“Amerikas Volksvertreter führen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung, der in seinen finanziellen Auswirkungen noch verheerender ist als die Terroranschläge des 11. September 2001”

 Derweil geht in Europa das finanzielle Ausbluten der Staaten zugunsten der Banken einfach weiter. In Grossbritannien verstaatlicht die Regierung die Bradford & Bingley. Der Staat [übernimmt](#) Hypotheken und Kredite in Höhe von 63 Milliarden Euro. In den USA übernimmt Citigroup, die grösste US-Bank, zwar bis zu 42 Milliarden \$ an Verlusten auf dem 312 Milliarden \$ Hypothekenpool Wachovias. Aber die staatliche FDIC (eine US-Regierungsbehörde) kommt für weitere [Verluste auf](#).

Die Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg stopfen 11 Milliarden Euro in die Bank “Fortis” und verstaatlichen sie teilweise. Nur 5 Tage später bezahlt die Regierung der Niederlande dem Finanzkonzern [noch einmal](#) 16.8 Milliarden Dollar. Es beginnt ein Wettrennen um einzelne Teile des nun massiv gesundsubventionierten Fortis-Konzerns. Ackermann und die “Deutsche Bank” [wollen](#) die ABN Amro, die französische Bank BNP Paribas ist als Käufer der Fortis-Geschäfte in Luxemburg [im Gespräch](#).

Dienstag, 30.September:  
Der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain sagt während eines Interviews mit dem Editorenstab des Des Moines Register [folgendes](#):

“Ich möchte einen Kommentar abgeben über das offensichtliche Thema, und zwar das gestrige Versagen des Kongresses, zu handeln. Es ist einfach nicht akzeptabel.. Dies ist einfach keine annehmbare Situation. Ich sage nicht dass dies die perfekte Antwort wäre. **Wenn ich ein Diktator wäre, was ich immer anstrebe, würde ich es ein wenig anders schreiben.**”

McCain schlägt in drei Interviews allen Ernstes [vor](#), die Gewaltenteilung einfach ausser Kraft zu setzen, den Willen des Kongresses einfach zu übergehen und Exekutivbefehle der Regierung zu benutzen, um die Ermächtigungen Paulsons in Kraft zu setzen.



Ausserdem schlägt McCain nun vor, gleich eine ganze Billion an Dollars für die Banken auszugeben.

Auch McCains ranghoher Wirtschaftsberater Douglas Holtz-Eakin fordert nun die Exekutive offen auf, den Kongress [zu ignorieren](#) und die Legislatur zugunsten der Banken einfach selbst zu implementieren.

Ein weiterer Wirtschaftsberater McCains, Phil Gramm, Vizevorsitzender der US-Division von UBS sowie ein UBS-Lobbyist, kann nur höchstes Interesse an der schnellen Inkraftsetzung des Paulson-Plans haben, da er durch die beschlossene Einbeziehung "ausländischer" Banken, wie eben der UBS, [persönlich profitiert](#).

In Europa [stützen](#) derweil die Regierungen von Frankreich und Belgien die Bank Dexia mit 6.2 Milliarden Euro. Dabei ist die Dexia ein Konsortium, welches weltweit selbst der grösste Geldverleiher an den Staat auf kommunaler Ebene ist.

In Frankfurt bekommt EZB-Chef Jean-Claude Trichet von einer "Gruppe europäischer Journalisten" den Preis "European Banker of the Year" [verliehen](#).

**Mittwoch, 1.Oktober:**  
In Russland geschieht etwas Interessantes. Der in Deutschland immer noch gut bekannte Michael Gorbatschow und einer der einflussreichsten Oligarchen Moskaus, [Alexander Lebedew](#), verkünden eine gemeinsame Partei gründen zu wollen. Name der Partei: "Unabhängige Demokratische Partei". **Programm: "weniger Staatskapitalismus" und die Entstehung von unabhängigen Medien.** Der ehemalige leitende Beamte des sowjetischen KGB (und später des russischen FSB) kaufte 1995 über ein "Investmentunternehmen" die damals kleine "National Reserve Bank". Sie überlebte als nur eine von zwei der zehn grössten russischen Banken den Finanzcrash von 1998.

Eben Alexander Lebedew hatte ein Angebot für die deutsche Industriebank IKB abgegeben, welches um ein mehrfaches über dem des US-Finanzkonzerns "Lone Star" lag. Trotzdem bekam die US-Heuschrecke von der Bundesregierung den Zuschlag. Angeblich war das Angebot aus Russland nicht rechtzeitig eingegangen. Die IKB war erst mit rund 10 Milliarden Euro an Steuergeldern der Deutschen die selbstverursachten Schulden bezahlt bzw abgenommen worden, bevor sie dann für 100 Mio Euro von der staatlichen KfW Bankengruppe an "Lone Star" verkauft wurde.

Marseille: Der Präsident von Frankreich, Nicolas Sarkozy, beruft mit grossem Werbeaufwand ein Treffen der Staats- und Regierungschefs von Italien, Grossbritannien und Deutschland für Samstag, den 4.Oktober in Paris ein. Von einer "**Neugründung des internationalen Finanzsystems**" ist [die Rede](#).

Als weitere Teilnehmer des Gipfels benennt er EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker und den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet. Sarkozy spricht auch von einem diesbezüglichem "**Weltgipfel, den die UNO einberufen solle "um die Grundlagen eines neuen internationalen Finanzsystems zu legen"**.

USA, Washington: nach einer gewaltigen Angstkampagne beschliesst der US-Senat den Paulson-Plan (["Emergency Economic Stabilization Act of 2008"](#)). Er beinhaltet trotz umfangreicher Schönheitskorrekturen immer noch genau die gleichen diktatorischen Vollmachten für das Finanzministerium wie der Original-Entwurf.

(c) NECESSARY ACTIONS.—The Secretary is authorized to take such actions as the Secretary deems necessary to carry out the authorities in this Act, including, without limitation, the following:

(1) The Secretary shall have direct hiring authority with respect to the appointment of employees to administer this Act.  
(2) Entering into contracts, including contracts for services authorized by section 3109 of title 5, United States Code.  
(3) Designating financial institutions as financial agents of the Federal Government, and such institutions shall perform all such reasonable duties related to this Act as financial agents of the Federal Government as may be required.

Der "Notplan zur Stabilisierung der Wirtschaft" gibt der US-Regierung, namentlich dem Finanz- und Handelsminister, die Vollmacht Banken zu Regierungsinstitutionen zu machen - ohne jede demokratische oder juristische Kontrolle, bei unlimitierten Ausgaben und unbegrenztem Budget.

Jetzt fehlt nur noch die erneute Abstimmung im US-Repräsentantenhaus. Eine weitere massive Medienkampagne rollt. Die zweite Kongresskammer soll gar keine Wahl mehr haben als sich unter dem Druck der Angst und Bedrohung vor einer angeblichen Katastrophe dem Ermächtigungsgesetz des Paulson-Plans zu beugen.

In Europa leistet sich die EZB einen weiteren, unfassbaren Hühnerlacher. Sie verkündet, sie wolle nun

**"den von der Finanzkrise erschütterten Bankenmarkt mit schärferen Regeln zur Begrenzung von Kreditrisiken stärken".**

(Copyright dieser Geistverletzung: natürlich "[tagesschau.de](http://tagesschau.de)")

Der Plan: wertlose "Risiko"-Papiere (die jeden Tag zu Millionen irgendwelchen Dummen angedreht werden um sie auszunehmen, vorzugsweise Schwachköpfen in deutschen Staatsbanken) müssten jetzt zu 5 % von den Banken selbst behalten werden. Ein Geniestreich, der die gesamte EU, sowie die EZB selbst, nur noch tiefer in die endlose Blamage ritt und mit zu der dramatischen Erosion in Brüssel und Frankfurt beitrug.

Gleichzeitig **entzieht** die EZB dem Geldkreislauf **200 Milliarden** der eigenen Währung Euro.

**Donnerstag, 2. Oktober:**  
Die unabhängige Zeitung "[duckhome](http://duckhome)" schreibt zu der (scheinbar ausgestandenen) Affäre um die staatliche 26.5 Mrd Euro-Subvention der Hypo Real Estate:

"Es war die Kombination Josef Ackermann als Chef der Deutschen Bank, Jochen Sanio als Chef der Bafin und Peer Steinbrück als williger Handlanger der Neoliberalen, die den deutschen Steuerzahler mal eben 10,4 Milliarden Euro bei der IKB kostete und wahrscheinlich noch weiteres Geld kosten wird. Diese Rettungsaktion wurde durch ein Telefonat zwischen Josef Ackermann und Jochen Sanio ausgelöst. Dies war der erste bewiesene Fall von Illoyalität des Jochen Sanio gegenüber dem deutschen Steuerzahler.

Das Sanio eigentlich schon seit längerem der Dienstbote Ackermanns ist, lässt auch aus der Affäre Caio Koch-Weser ablesen, den sich Ackermann ja nicht nur als Dank für bereits erwiesene Gefälligkeiten gekauft hat, die er als Eichels Staatssekretär im Finanzamt leistete, sondern auch, damit er die Bafin nach den Interessen Ackermanns manipuliert."

2 Tage vor dem von Sarkozy zur "Neugründung des internationalen Finanzsystems" einberufenen Gipfels in Paris **fordern folgende Personen öffentlich die Abgabe von 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes jedes einzelnen EU-Staates als Tilgung der Schulden der "Finanzwirtschaft":**

- **Josef Ackermann**, Deutsche Bank
- **Dominique Strauss-Kahn**, geschäftsführender Direktor des "Internationalen Währungsfonds" (IWF)
- **Sarkozy, Präsident von Frankreich**
- **Christine Lagarde**, französische Finanzministerin und Vorsitzende des EU-Finanzministerrats.

Faktisch ist das die Forderung nach einem Bankentribut, einer Reichenabgabe der

Staatshaushalte - insgesamt **300 Mrd Euro**. Allein für die stärkste Wirtschaftsrepublik Deutschland wären das **74 Mrd Euro** - für die globalisierten Banken.

Gleichzeitig deckt in Frankreich eine der wenigen noch unabhängigen Zeitungen “Le Canard Enchaîné” auf, dass der korrupte Dachverband der 21 Regionalsparkassen in Frankreich dringend 6.5 Milliarden Euros braucht, weil dessen Funktionäre (unter der Verantwortung der französischen Finanzministerin Lagarde, die jetzt nach einem europäischen Staatsfond für ihre Banken ruft) in “wahnwitzigen Wetten, die unter verdächtigen Umständen” gemacht wurden (französische Börsenaufsicht) Abermilliarden der französischen Bürger zum Fenster rausschmissen.

In Grossbritannien macht es der allseits beliebte Premierminister Gordon Brown, Held der Arbeiterpartei Labour, ganz konsequent: er beauftragt gleich Rothschild und die UBS-Bank um staatliche Garantien für “Bankeinlagen” (“deposits”) und Bausparkassen (“building societies”) in Höhe von **1.9 Billionen Pfund** in die Wege zu leiten.

Zu diesem Zeitpunkt ist von einer Garantie für deutsche Spareinlagen durch die Bundesregierung übrigens noch nicht die Rede.

Woher das Geld der Bürger für das Geld der Bürger nun eigentlich kommen soll, das verrät Premier Brown natürlich nicht.

In Frankfurt trifft sich der EZB-Rat und lässt alles wie es war. D.h. die Leitzinsen für die real existierende Wirtschaft bei 4.25 Prozent und für die Banken weiter unbegrenzte Kredite - in Dollar, und zwar über ihren regulären Devisenswap-Tender von 30 Mrd US-Dollar und die zusätzliche **“spezielle Refinanzierungsoperation”** ohne **“festgelegtes Volumen”**, wie 2 Tage zuvor am Montag dem 29. September beschlossen.

Warum man dann die eigene Währung nicht billiger machte oder die europäische

Realwirtschaft nicht mit einer Zinssenkung lockte: es gab da eine plausible Antwort.

**“Wir haben eine Zinssenkung erwogen”**

Wenn man dazu noch das Gesicht von Jean-Claude Trichet mit seinem Schal drumherum sieht, dann weiss man, dass dieser sich in einem früheren Leben fragte warum das Volk ohne Brot nicht einfach Kuchen frass.

Am gleichen Abend trifft sich in Paris (zwei Tage vor dem für Samstag anberaumten Gipfels von Merkel, Berlusconi, Brown und Sarokzy) EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit “Chefs großer europäischer Banken”.

Es sei ein „informelles“ Treffen, das dem „Meinungsaustausch“ diene, lässt er einen Sprecher der Presse sagen. Dieser will aber nicht sagen, wer und wieviele Banker an dem Treffen teilnehmen. Nur soviel: Sie passen alle an einen runden Tisch.

**Freitag, 3. Oktober:** Das Repräsentantenhaus steht unter ungeheurem Druck des Weissen Hauses und der Konzernmedien. Eine neue Abstimmung über den Paulson-Plan ist angesetzt. Der demokratische Abgeordnete Brad Sherman erklimmt das Rednerpult. Er warnt in eindringlichen Worten vor einer “Panikmache” und einer “Atmosphäre der Angst”, welche in keinsten Weise gerechtfertigt sei.

**“Vielen von uns wurde in privaten Gesprächen gesagt, dass, wenn wir am Montag gegen dieses Gesetz stimmen würden, der Himmel ein- und die Börse um zwei- oder dreitausend Punkte abstürzen würde, und am zweiten Tag noch ein paar tausend Punkte mehr. Und einigen von uns wurde sogar gesagt, dass in Amerika das Kriegsrecht ausgerufen würde, wenn wir mit Nein stimmen.**

**DAS ist es, was ich eine ungerechtfertigte, nachweislich falsche Panikmache nenne”**

*Hier ist auf der Internetseite des Artikels eine Film-Dokumentation. Es empfiehlt sich diese anzusehen..*

Trotzdem beugt sich nun auch die zweite Kongresskammer US-Finanzminister Paulson (der in der US-Regierung längst die Fäden zieht) und stimmt seinem finanziellen Ermächtigungsgesetz letztlich zu. Trotzdem stimmen immer noch 171 gegen den "Rettungsplan" des Bankensystems. Sofort nach der Annahme des Paulson-Plans auch durch das Repräsentantenhaus, verkündet die US-Börsenaufsicht SEC die hochspekulativen Leerverkäufe an der Wall Street wieder zuzulassen.

Derweil in Deutschland: der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck kritisiert Josef Ackermann, den Vorstandsvorsitzenden der "Deutschen Bank", scharf. Er wirft ihm wegen seiner Forderung nach einem staatlichen Bankentribut "Opportunismus" vor, da zuvor bereits mehrere Banken gefordert hatten durch die Bundesregierung mittels eines eigenen "Fonds" ihre Gewinne garantiert und ihre Verluste sozialisiert zu bekommen.

In der Republik stellt sich heraus, dass im Zuge des sogenannten **"Cross-Border-Leasings"** von Infrastrukturen ganzer deutscher Städte an US-Geldverleiher Abermillionen, wenn nicht Milliarden an ungeplanten Kosten allein durch die "Finanzkrise" auf die deutschen Städte zukommen.

Gleichzeitig aber stehen wegen des lange weggedrückten Erneuerungsbedarfs eben der Infrastruktur in den deutschen Städten 700 Milliarden Euro an Investitionen an. Die müssen aber nicht etwa die "Investoren" aus den USA zahlen, welche für ein Handgeld nun die Kontrolle über Schulen, Wasserversorgung, Energieversorgung, Verkehrssysteme wie Strassenbahnen und U-Bahnen und deren Schienennetze, öffentliche Gebäude, ja sogar unsere Abwassersysteme für eine Laufzeit von bis zu 100 Jahren haben...

Nein, die Kosten für Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten an all diesen Werten zahlt der **Eigentümer**. Das sind rein rechtlich immer noch **wir**, auch wenn unsere Allerwertesten der Politik alles für 100 Jahre verrammelt haben.

**Samstag, 4.Oktober:**  
Tag des Gipfels in Paris. Präsident Sarkozy von Frankreich, dass in der grössten Rezession seit dem 2.Weltkrieg steckt aber trotzdem den Banken bereits 22 Milliarden Euro in den Rachen geworfen hat, hat ein Problem: Merkel weigert sich bei einem europäischen Paulson-Plan mitzumachen. Sie **muss** sich weigern. Sie steht unter gewaltigem Druck der öffentlichen Meinung von 82 Millionen Menschen in der Berliner Republik, wie auch ihre Koalitionäre aus SPD und CSU. Der deutsche Wirtschaftsminister Glos (CSU), dessen Partei am Wochenende zuvor in Bayern gewaltig abgeledert worden war, erklärt, die sehr liquiden aber ausgabenintensiven Banken hätten das Problem gefälligst selbst zu klären, indem sie sich selbst mit ihren ungeheuren Geldmengen Kredite geben sollten.

**„In dieser Situation den Staat aufzufordern, mit großangelegten Entschuldungsplänen verspieltes Vertrauen schon mal vorbeugend durch Steuergelder zu ersetzen, halte ich für nicht vertretbar“**

Interessanterweise lehnen zu diesem Zeitpunkt auch auch EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und der Chef der Euro-Finanzminister, Jean-Claude Juncker, einen Bankenfonds der Staaten ab.

In der Schweiz warnt der Wirtschaftsexperte Yvan Lengwiler von der Universität Basel, dass der Paulson-Plan der "heilenden Umstrukturierung der Branche" eher im Weg stehen könnte als zu nützen."Es ist zu befürchten, dass der Rettungsplan die Konsolidierung der Branche eher verzögert als fördert", schreibt Lengwiler. Der Staat nehme den Banken das Risiko ab, das sie

leichtsinnigerweise eingegangen seien, kritisiert Lengwiler: "Der Anreiz, der dadurch geschaffen wird, ist fatal." In wenigen Jahren könnte die Wirtschaft wieder in einer ähnlichen Situation sein.

In Deutschland scheint derweil der Deal um die Hypo Real Estate mit dem Bankenkonsortium (dessen Zusammensetzung immer noch vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten wird) ["unter Dach und Fach"](#). Kein Wort über fehlende Milliarden, nicht erfolgte Prüfungen, ja nicht einmal ein Wort des Zweifels oder der Vorsicht ist zu hören. Totenstille.

Dann: im selben Augenblick als Sarkozy, Berlusconi, Brown und Merkel auf die Pressebühne treten und verkünden, dass es keinen europäischen Paulson-Plan, keinen Bankfonds, kein "Rettungspaket", keine Abgabe vom Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten für die globalen Banken geben wird, schlägt [die Nachricht](#) in Paris wie eine Bombe ein:

**das Bankenkonsortium lässt den Deal mit der Bundesregierung zur Finanzierung der Hypo Real Estate platzen.**

Bekanntgeben tut es der Vorstand der HRE. **Bekanntgeben.** Mehr nicht. Denn die plötzlich angesetzte Überprüfung der Hypothekbank, mit dem überraschenden Ergebnis man habe es hier mit einer möglichen Risikosumme von 100 Mrd Euro "bis Ende 2009" zu tun, **geht von der "Deutschen Bank" aus**, die Teil des Bankenkonsortiums ist, mit der die Bundesregierung den Deal geschlossen hat.

Und damit nicht genug: nun wird [behauptet](#), das Eintreffen der schlechten Nachricht rechtzeitig zum Nein der deutschen Regierung zur von den Banken ultimativ geforderten Ultrasubvention sei reiner Zufall. Denn die "Deutsche Bank" hätte diese Zahlen bereits am Freitag Abend in einer Telefonkonferenz mit "Vertretern" der BaFin, der Bundesbank und "Managern aller Bankengruppen und der Versicherungsbranche" genannt.

Erstaunlich viele gute Zeugen für eine solch wichtige Aussage. Und trotzdem bleibt diese dann einen Tag lang geheim. Man sieht vor seinem geistigen Auge ein ganzes Schloss voll Grossmütter, wie sie leise und zahnlos vor sich hinhäkelnd murmelt, "na sach bloss Junge, is' es wahr.."

Aus Deutschland heisst es in einer [Meldung von 17.00 Uhr](#), Wolfgang Schäuble sei (8 unauffällige Tage nach dem Besuch von US-"Heimatschutz"-Minister Chertoff mitsamt 5 Nebenschauspielern von EU-Innenministern in Berlin) nun zu der Ansicht gelangt, man müsse die deutschen Streitkräfte im Innern einsetzen. Ausserdem müsse man darüber im Koalitionsausschuss am morgigen Sonntag auch im Kanzleramt beraten.

Dort wird nun die Hütte richtig voll.

**Sonntag, 5.Oktober:** Ganz in der Tradition der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, Marke "Merkt doch eh kein Schwein dass wir die Nummer schon in den Staaten abgezogen haben", vermelden jetzt renommierte Banken-, Börsen-, Medien- und Regierungsexperten den Untergang des Abendlandes, wenn nicht sofort und bis 2 Uhr morgens vor Öffnung der Börsen noch mehr Geld in die Hypo Real Estate gepumpt bzw. ["eine Lösung gefunden"](#) werde.

Es herrscht allgemeines Rätselraten darüber, wie eine solche oops-Lücke von 65 Milliarden Risikosumme bei der HRE so mir-nichts-dir-schon-gar-nichts auftauchen konnte. Es sei unvorstellbar, dass ein Institut seinen Refinanzierungsbedarf in einem solchen Ausmaß nicht im Griff habe, sagt das Präsidiumsmitglied des Bayerischen Finanz Zentrums Wolfgang Gehrke. Das sei unbegreiflich, ["totales Versagen"](#), fügt er hinzu.

Warum ausgerechnet immer das Wort "versagen" hinter eine logische Beweiskette des gigantischen Betruges, der Erpressung und der Manipulation der Öffentlichkeit "hinzugefügt" wird, weiss der Himmel.



Die Bundesregierung spricht angesichts des zu erwartenden Börsenabsturzes zur allgemeinen Überraschung eine [Staatsgarantie auf Guthaben](#) der Bürger aus, welches auf Bankkonten ruhen. Allerdings nicht für Guthaben von Kapitalgesellschaften wie Finanzinstitutionen, Zertifikate oder Investmentfonds gelte, sondern nur für Giro- und Sparkonten.

Insgesamt beträgt die garantierte Summe [568 Mrd Euro](#). Steinbrück murmelt etwas von einem "Plan B" zur Lösung der Finanzkrise ohne plausibel zu erläutern, was denn nun Plan A gewesen wäre.

Am Nachmittag beraten noch "Vertreter des Finanzministeriums, des Bundeskanzleramts, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht". Später ist ausgerechnet von Ackermann (Deutsche Bank) und dem Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Banken [die Rede](#).

Die Runde tagt im Finanzministerium.

Durchaus anzunehmen, dass ihnen vielleicht irgendwo der Koalitionsausschuss mit Wolfgang Schäuble, Frank Steinmeier und allen anderen der Bundesregierung im Kanzleramt begegnet ist, der im Laufe des Nachmittags den faschistischen Putsch gegen das Grundgesetz beschliesst.

Laut der bizzar wirkenden, fast unverhohlenen Beifall heischenden Meldung der über Schäubles Pläne auffallend gut informierten ["taz"](#) sollen Panzer demnächst gegen Demonstrationen eingesetzt werden dürfen - auch präventiv. Es reicht, wenn Demonstranten "Polizeimaßnahmen zum Schutz der Gäste" eines Staatsbesuches behindert würden. Laut dieser Definition könnte man auch auf Sitzblockaden schießen. Durch das Militär, wohlgemerkt, dabei kann das doch auch die Polizei. Interessanterweise kannten [weder](#) Abgeordnete der Grünen noch der FDP den Gesetzestext dieses urplötzlich aus der Tasche gezogenen Schäuble-Plans "für besonders

schwere Unglücksfälle" und Militäreinsatz im Innern.

Am Sonntag dringt nun [um 22.56 Uhr](#) aus dem Finanzministerium die Eilmeldung: "Rettung" der Hypo Real Estate in letzter Sekunde. Die sieht dann so aus, dass die Banken noch 15 Milliarden an Garantien für den Geschäftspartner in Not zusagen.

**Montag, 6.Oktober:**  
Weltweit rauschen die Börsen in den Keller. Die US-Notenbank druckt mittlerweile Geld, was noch schneller auf die Talerberge der Banken gekippt als von der "Fed" erfunden wird. Insgesamt [erschaffen](#) die US-Zentralbanker mit der Lizenz zum Gelddrucken eine Etat von **900 Milliarden Dollar bis Ende 2008**, um davon dann den Banken wertlose Papiere abzukaufen.

Im Weltpresseorgan ["Mannheimer Morgen"](#) ist zu lesen, dass Finanzminister Steinbrück irgendwie an allem Schuld sei, auch wenn man nicht genau wisse woran eigentlich. Interessanterweise wird hier Steinbrück vorgeworfen, sich dem US-Paulson-Plan nicht unterworfen zu haben.

In Berlin sagt Peer Steinbrück: **"Wir müssen jetzt versuchen, in Deutschland insgesamt einen Schirm zu spannen"**.  
Von der EU sagt er dabei nichts.

In Berlin ist gerade Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi zu Besuch. Dieser ist so inspiriert von Steinbrücks Worten, dass er [daraus gleich](#) einen **"Garantie-Schirm aller 27 EU-Länder für Spareinlagen"** macht. Kanzlerin Merkel lehnt ab, einigermaßen höflich, wohl wissend, dass, wenn man die (legalen) "Ersparnisse" innerhalb der EU zusammenrechnen und dann garantieren würde, Deutschland mit den besten "Sparern" den schlechtesten Schnitt bei einer solchen Aktion machen würde.

Überall in Europa geraten die Regierungen nun unter Druck der Banken und ihrer "Krise" des hartnäckig verweigerten Geldausgebens.

Mit einer Ausnahme: die britischen Banken verkünden (zwar nicht besonders laut, aber immerhin) sie hätten genügend Geld und würden dieses auch verleihen an andere britischen Banken.

Diesbezüglich fragt man sich natürlich, ob die offensichtlich total abgeschotteten britischen Banker immer mit dem Treetboot auf den Kontinent müssen oder warum die Globalisierung des Finanzwesens so merkwürdig an ihnen vorbei ging.

Ganz anders dagegen auf der Insel Island. Dort unterwirft sich vor aller Augen ein ganzer Staat den Banken. Sämtliche Kapitalgesellschaften werden durch ein Notstandsgesetz verstaatlicht. Konkret heisst das, es werden sämtliche Schulden der Kapitalgesellschaften verstaatlicht. Der Wert der isländischen Staatswährung stürzt daraufhin um 30 Prozent ab. Das Parlament gibt seine Rechte in Form von umfangreichen Exekutiv-Vollmachten an die Regierung ab.

Premierminister Geir Haarde gestern in einer “Rede an die Nation”. Es ist eine Unterwerfungserklärung.

“Liebe isländischen Mitbürger, die Regierung von Island, die Zentralbank und die Finanzaufsichtsbehörde haben über die letzten Tage und Wochen, in guter Kooperation mit den Banken, unaufhörlich gearbeitet um eine Lösung für die enormen Schwierigkeiten zu finden, welche die isländischen Banken bedrohen. Verschiedene Parteien waren in diese Arbeit involviert, zum Beispiel der Rentenfond und Repräsentanten des Arbeitsmarktes. Die Regierung hat, für ihren Anteil, gedrängt auf einen Verkauf von ausländischen Anlagen durch die isländischen Banken und eine reduzierte Präsenz im Ausland, so dass der isländische Staat, so klein im Vergleich zu den isländischen Banken, die Kapazität hatte diese zu unterstützen.

Wir sollten diesbezüglich im Auge behalten, dass die riesigen Massnahmen, welche die

US-Behörden zur Rettung ihres Bankensystems in die Wege leiteten, weniger als 5% ihres Bruttonationaleinkommens (GNP) umfassten. Das totale ökonomische Gewicht der isländischen Banken jedoch ist um ein Vielfaches höher als das des Staates Island.”

Abends in den Tagesthemen (Video) dann eine absurde Szene. Wie in einem Puppentheater lässt Moderator Tom Buhrow nach einer langen Aufzählung der “dramatischen” Ereignisse zuerst nach Washington zu Korrespondentin Sonia Mikich schalten, damit die nun die neuesten Anweisungen aus der Zentrale des Kapitalismus in der Wall Street mitteile.

Dabei stellt er die surreale, durchaus selbstbeantwortende Frage ob denn heute die Wall Street den Vorgaben aus Deutschland gefolgt sei.

Im leidenden Tonfall erklärt daraufhin Sonia Mikich:

“Ja, ich glaube, das kann man schon sagen”

Sie nennt zuerst zwei Gründe für den am Tag erfolgten Kurssturz: das Notpaket der US-Regierung greife “noch nicht” und es sei auch die Angst vor “einer ganz realen Wirtschaftsrezession”.

Da hellt sich die Miene der Tagesthemen-Korrespondentin plötzlich auf. “Aber das Dritte ist, dieses **Schauen auf Europa**“, sagt sie und lächelt. Sie habe da nämlich mit dem Chef-Analysten von Standards & Poor geredet.

“Der sagte ungefähr so”, sagt Sonia Mikich, schluckt und schaut auf ihren Zettel, **“die Börse ist eben besorgt, dass in Europa die einzelnen Nationalstaaten in unterschiedlicher Richtungen gehen, um eben Lösungen zu finden, das findet man hier nicht gut”**. Die Notenpressen (die Zentralbanken) in Europa sollten nicht so auf **“nationalstaatliche” Interessen schauen, sondern sich mit Asien und den USA “besser absprechen”**.

Dies sei doch ein ungewöhnlich kritisches Wort der sonst so vorsichtigen Bankiers gewesen, sagt Sonia Mikich.

**Dienstag, 7. Oktober:**  
Ausgerechnet heute kommen die Finanzminister aller 27 EU-Staaten zu ihrem monatlichen Treffen in Luxemburg zusammen. Gleichzeitig will Kanzlerin Merkel im Bundestag eine Regierungserklärung zur "Finanzkrise" abgeben. In Asien sanken heute an den Wettbörsen die Kurse.

Was ist vom heutigen Tage nun zu erwarten?

## AUSBLICK

Die derzeitige Höhe der nun von der Bundesregierung offiziell staatlich garantierten Summe von Sparguthaben in Deutschland liegt bei 20.000 Euro. Wenn man weiss, dass die Hälfte der Deutschen über keinerlei Geldvermögen verfügt, so ist das schon eine Absicherung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung.

Geht man desweiteren, nach all den vorliegenden Fakten, davon aus, dass dies ein verzweifelter Versuch der US-Regierung und Finanzdiktator Henry Paulson ist, die deutsche Republik mit allen Mitteln an der wirtschaftlichen und damit politischen und damit vielleicht auch militärischen Unabhängigkeit zu hindern, so werden jetzt Paulson, die ihn steuernden globalisierten Banken und Handelskammern, sowie alle anderen abgetakelten Regierungen, Konzerne und Banken versuchen Deutschland irgendwie entweder wirtschaftlich weiter abhängig zu halten oder im Falle eines Falles mit in den selbstgebuddelten Abgrund zu reissen.

Der erste Schritt wird der Versuch sein, die Garantiesumme für Bankeinlagen auf 50.000 Euro hochzuschrauben. ZDF-Korrespondent Udo van Kampen ballte heute im Morgenmagazin - schlecht im Schauspiel, wie immer - schon mal die Fäuste vor Eindringlichkeit.

*(update 18.26 Uhr: die EU beschloss heute die Garantiesumme für Bankeinlagen auf 50.000 Euro hochzuschrauben. Alles Zufall.)*

Die Regel ist so einfach wie simpel: je niedriger, desto stabiler die Garantie. Sollte sie höher geschraubt werden, ist es so sicher wie das Ja und Amen im Parlament, dass sämtliche Banken, Superreichen und Konzerne ihre Juristereien anschmeissen und sich unter die Messlatte rechnen werden. Beizeiten kann man dann den deutschen Staat gezielt zum Island machen.

Das Fatalste an diesen hochspannenden Entwicklungen ist nicht die korrupte Presse. Es ist nicht das Gelüge und Geheuchel der Parteipolitiker.

Es ist noch nicht einmal die bräsige Unfähigkeit der sozialen, politischen und emanzipatorischen Bewegungen zu erkennen was vor sich geht ohne es mühsam erklärt, bewiesen und dann einhypnotisiert zu bekommen.

Das Schlimmste ist, dass Deutschland dank Wolfgang Schäuble, Frank Steinmeier und sämtlichen Bundestagsparteien dabei ist genau das zu werden, was die USA bereits geworden ist:

eine faschistische Konzernwüste und staatskapitalistischer Bankenstaat.

(...)

## update:

im Laufe des heutigen Morgens beschloss die US-Notenbank "Fed" in einer "vom Finanzministerium unterstützten und bis Ende April kommenden Jahres beschränkten (!) Maßnahme" einen in fast 100 Jahren ihrer Existenz einmaligen Schritt:

den Ankauf von "Commercial Papers", wertlosen Papieren, Krediten ohne Sicherheit. Der "Ankauf" dieser Papiere läuft darauf hinaus, jedem an der Wall Street unbegrenzt Dollars in die Hand zu drücken. Heute nannte "die Fed", also Paulson, erst einmal die Zahl



von **1.3 Billionen**. Laut dieser [Quelle](#) beträgt der Umfang der sogenannten "Commercial Papers" aber eine Summe **1.607 Billionen** Dollar. Ein Unterschied von läppischen 300 Milliarden.

**D.d., die US-Regierung lässt eine unbegrenzte Anzahl von Dollars drucken und ruiniert bewusst ihre eigene Währung sowie ihren eigenen Staat, die Vereinigten Staaten von Amerika.**

(...)

*weitere Artikel:*

17.09.08 [ERDBEBEN IN BABEL IV: Ein bisschen zuviel USA](#)

**aus 2007:**

12.08.2007 [Kreditkrise: lukrative Finte der Investmentbanken?](#)

**aus 2006:**

26.06.2006 [Erdbeben in Babel III](#)

*Der Kapitalismus, SWIFT, die Handelskammer des Schreckens, der Terrorkrieg , das transatlantische Heimatland oder was machen eigentlich 10,5 Billionen Dollar?*

23.05.2006 [Erdbeben in Babel Kapitel II](#)

*Das Kapital, die Al Qaeda oder was machen eigentlich eine Billion Dollar auf den Kamaren?*

09.05.2006 [Erdbeben in Babel](#)

*dreiteilige Artikelserie zum Zusammenbruch des US-Imperiums*

## Milliarden zusätzliche Dollar Zentralbanken fluten Märkte mit Geld

Von: tagesschau.de

Die führenden Notenbanken der Welt haben die Geldmärkte angesichts der Finanzkrise erneut mit Milliardensummen an Dollar geflutet. Damit soll eine Kreditklemme der Banken verhindert werden - zum Quartalsende ist der Liquiditätsdruck an den Märkten besonders hoch.

Nach den Dollar-Spritzen der vergangenen Tage für jeweils einen Tag stellten mehrere Zentralbanken Europas nun erstmals Dollar für die Laufzeit von einer Woche zur Verfügung, wie die Europäische Zentralbank (EZB) mitteilte. Beteiligt an der Aktion waren die US-Notenbank Federal Reserve, die Bank of England, die EZB und die Schweizerische Nationalbank. 35 Milliarden Dollar allein aus Frankfurt

[Bildunterschrift: Dollars sollen den Markt beruhigen.]

Die Fed stockte das Dollar-Volumen, auf das andere Notenbanken Zugriff für zeitlich begrenzte Kredite haben, um 13 auf 290 Milliarden Dollar auf. Die Zentralbanken stünden für weitere Aktionen bereit, betonte die US-Notenbank. Die EZB teilte ein Volumen von 35 Milliarden Dollar für eine Woche zu. Auch die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank SNB pumpen zusätzliche Mittel in den Markt

Liquidität in Dollar ist bei vielen Banken rund um den Globus begehrt, weil sie viele in Dollar notierte Wertpapiere halten, der Dollar als wichtige Leitwährung gilt und der kurzfristige Umtausch erhebliche Kosten verursachen würde.

Aufgabe: Märkte beruhigen

Die wichtigsten Zentralbanken der Welt versuchen seit Tagen, die Märkte zu beruhigen. Aus Sorge über mögliche Milliarden-Löcher in den Bilanzen wegen neuer Abschreibungen infolge der Finanzkrise halten die Banken derzeit Geld zurück und leihen es sich nicht mehr im sonst üblichen Umfang.

Die Notenbanken können in solchen Situationen zusätzliches Geld an die Banken verleihen, um ein Austrocknen der Märkte zu verhindern. Vor der Finanzkrise hatte die EZB nur nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu diesem Mittel gegriffen. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise vor gut einem Jahr haben die Notenbanken der Welt mehrfach Milliarden spritzen bereitgestellt.

Washington Mutual: Größter Banken-Kollaps der USA

Forum: Ende des bisherigen Finanzsystems?

Dossier: Von der Immobilien- zur Finanzmarktkrise

Zentralbanker: Die Herren des Geldes

Weltatlas: Großbritannien [Flash|HTML]

Stand: 26.09.2008 17:36 Uh

## ***Armee stationiert Kampftruppen in den USA gegen zivile Unruhen***

*Von Bill Van Auken*

*30. September 2008*

**aus dem Englischen (25. September 2008)**

**von der Internetseite [www.wsws.de](http://www.wsws.de)**

**Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte stationiert das Militär eine aktive reguläre Armee-Kampfeinheit auf Dauer im Innern der Vereinigten Staaten. Sie soll für Notfälle bereit stehen, unter anderem zur Bekämpfung ziviler Unruhen.**

Ab dem 1. Oktober wird die Erste Kampfbrigade der Dritten Division (First Brigade Combat Team) unter dem Kommando der US-Armee-Nord stehen, die

zum Northern Command (NorthCom) des Pentagon gehört. Das NorthCom ist nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 mit der ausdrücklichen Aufgabe geschaffen

worden, das amerikanische Staatsgebiet zu verteidigen und Bundes-, Staats- und kommunale Behörden zu unterstützen.

Die Einheit mit dem Spitznamen "die Raiders" zählt zu den Armeeeinheiten mit besonderer Kampferfahrung. In den letzten fünf Jahren war sie fast drei Jahre im Irak im Einsatz, wo sie 2003 an der Spitze des Angriffs auf Bagdad stand und den Häuserkampf in Ramadi anführte, um den Widerstand zu unterdrücken. Sie war das erste Brigade Kampfteam, das dreimal in den Irak geschickt wurde.

Aktive Einheiten wurden zwar auch schon bisher vorübergehend im Innern eingesetzt, wie zum Beispiel die kampfmäßig ausgerüsteten Truppen, die nach New Orleans geschickt wurden, als die Stadt nach dem Hurrikan Katrina praktisch unter Kriegsrecht stand. Aber hier hat zum ersten Mal eine Kampfeinheit der Armee einen Stationierungsbefehl erhalten, der ihr amerikanischen Boden als "Kampfzone" zuweist.

Das Pentagon betont in seinen offiziellen Verlautbarungen die Bedeutung spezialisierter Einheiten für den Fall eines Terrorangriffs in den USA. General George Casey, Generalstabschef der Armee, besuchte letzte Woche eine Einsatzübung von ungefähr 250 Mitgliedern der Einheit in Fort Stewart in Georgia. Nach Angaben des Armee-Pressebüros standen im Zentrum der Übung "Such- und Rettungsflüge, die Bergung Verwundeter und die Dekontaminierung von Menschen nach einem katastrophalen Atomangriff im Herzen des Landes."

"Wir befinden uns im Krieg mit einem globalen extremistischen Netzwerk, das nicht einfach verschwindet", sagte Casey den Soldaten. "Ich hoffe, wir werden sie nicht brauchen, aber wir müssen die Fähigkeiten haben."

Aber die Mission der 4.000 Soldaten des First Brigade Combat Team besteht nicht einfach darin, die Opfer von Terroranschlägen zu

retten. Ein Artikel von Anfang des Monats in der *Army Times* ("Brigade homeland tours start Oct. 1"), einer Zeitschrift, die sich in der Armee großer Beliebtheit erfreut, zeichnet ein anderes und wesentlich bedrohlicheres Bild.

"Es kann sein, dass sie gebraucht werden, um bei zivilen Unruhen und der Kontrolle über Menschenmengen zu helfen", berichtet die Zeitung. Sie zitiert den Kommandanten der Einheit, Oberst Robert Cloutier, mit der Aussage, die Soldaten des 1. BCT würden in der Verwendung "des ersten nicht-tödlichen Waffenpakets im Arsenal der Armee" ausgebildet. Die Waffen, berichtet die Zeitung, "sollen unbotmäßige oder gefährliche Personen unter Kontrolle bringen, ohne sie zu töten." Zu der Ausrüstung gehören Gummigeschosse, Schilde, Schlagstöcke und Material zur Errichtung von Straßensperren.

Wie es scheint, haben die Soldaten den Befehl bekommen, im Rahmen der Ausbildung für ihren Einsatz in den USA diese nicht-tödlichen Waffen aneinander auszutesten.

"Ich bin als erster in der Brigade ‚getasert‘ worden", sagte Oberst Cloutier der *Army Times*. Er beschrieb die Wirkung der Elektroschockwaffe als "der schlimmste Muskelkrampf, den du jemals hattest, am ganzen Körper, und das mit 10-facher Stärke."

Die Bemerkungen des Oberst lassen vermuten, dass die einfachen Soldaten in der Vorbereitung ihres Einsatzes an der "Heimatfront" ebenso routinemäßig getasert werden. Der brutalisierende Effekt und die Absicht eines solchen makaberen Trainings besteht darin, die Soldaten gegen Mitleid mit dem Schmerz immun zu machen. Mit Zivilisten, gegen die sie diese nicht-tödlichen Waffen möglicherweise einsetzen müssen, sollen sie kein Mitleid haben.

Militärsprechern zufolge, die in der *Army Times* zitiert werden, ist der dauerhafte Einsatz des First Brigade Combat Teams der Beginn der Stationierung regulärer

Armeeeinheiten in den USA. Die Einheiten, die an diesem Einsatz teilnehmen, werden jährlich wechseln.

In einem Online-Interview fragten Reporter Anfang des Monats Offiziere von NorthCom nach der Bedeutung dieses neuen Einsatzgebiets für das Posse-Comitatus-Gesetz. Dieses 230 Jahre alte Gesetz verbietet den Einsatz von amerikanischem Militär für Polizeiaufgaben innerhalb der USA.

Oberst Lou Volger, NorthComs künftiger Operationschef, versuchte die Polizeiaufgaben herunterzuspielen, fügte dann aber doch hinzu: "Wir werden mit den Polizeikräften zusammenarbeiten, um die Situation zu verstehen und immer über die Gefahrenlage im Bilde zu sein."

Volger gab zu, was nicht zu leugnen war, dass das Brigade Combat Team eine militärische Einheit ist. Er versuchte aber, die Wahrscheinlichkeit herunterzuspielen, dass sie je eine militärische Rolle spielen werde. Sie "hat Sicherheitspersonal", sagte er, "sie nennen sie Sicherheitskräfte, aber diese sollen eigentlich nur sicherstellen, dass wir unsere eigenen Basen organisieren und bewachen können."

Oberstleutnant James Shore, ein anderer NorthCom-Offizier, fiel ein: "Nehmen wir an, es entwickelte sich tatsächlich ein Szenarium, das man als zivile Unruhen bezeichnen könnte - selbst dann wäre noch eine Direktive des Präsidenten notwendig, dass es zu einem Einsatz kommen könnte, wie Sie ihn andeuten."

Es ist zwar noch nicht klar, wie es zu so einer Intervention kommen könnte. Aber Oberst Cloutier und seine Truppen bereiten sich jedenfalls schon darauf vor und üben den Einsatz von "nicht-tödlichen" Waffen zur Unterdrückung von Zivilisten.

Auch wenn die Militärführung versucht, in dieser Frage abzuwiegeln, bleibt es Realität, dass die Einmischung des Militärs in innenpolitische Angelegenheiten in den

letzten Jahren schon stark zugenommen hat. Zwei quasi Kolonialkriege haben ihm im politischen Leben der USA schon eine viel stärkere Rolle verschafft.

Die Bush-Regierung bemüht sich, alle Hemmnisse für den Einsatz des Militärs für die Unterdrückung im Inland zu beseitigen. So fügte das Pentagon 2007 in seinen Haushaltsentwurf eine Maßnahme zur Änderung des Posse-Comitatus-Gesetzes ein. Damit sollte der Weg für den Einsatz des Militärs in den USA frei gemacht werden, für den Fall einer Naturkatastrophe, eines Terroranschlags oder "anderer Umstände, die den Präsidenten zum Schluss zwingen, innenpolitische Gewalt habe ein solches Ausmaß angenommen, dass die Bundesstaaten allein die öffentliche Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten können."

Die Bestimmung gewährte dem Präsidenten weitgehende Vollmacht, das Kriegsrecht zu verhängen und aus zahlreichen Gründen einen "Notstand" zu erklären. Das hätte ihm erlaubt, Truppen überall in den Vereinigten Staaten einzusetzen, und das Kommando über die Nationalgarde der Bundesstaaten zu übernehmen, ohne auf die Zustimmung der Gouverneure angewiesen zu sein, "um öffentliche Unruhen zu unterdrücken".

Die Bestimmung wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Pentagon 2008 vom Kongress wieder gekippt, aber die Absicht wird weiter verfolgt. Wenn man sich die weitgehenden Vollmachten anschaut, die das Weiße Haus im Namen des Oberkommandierenden im globalen Krieg gegen den Terror für sich beansprucht - die Suspendierung von Habeas Corpus, umfassende Ausspähung der Bevölkerung, und Folter -, gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass es juristischen Beschränkungen für die Anwendung militärischer Gewalt im Inneren respektieren würde.

Es ist wohl kein Zufall, dass die Stationierung von US-Kampftruppen "als schnelle Eingreiftruppe der Bundesregierung im Falle

natürlicher oder von Menschen verursachter Notfälle oder Katastrophen" - so die Worte der *Army Times* - mit dem Ausbruch des größten wirtschaftlichen Notstands und Finanzdesasters seit der Großen Depression der 1930er Jahre zusammenfällt.

Der wirkliche Grund für die zunehmenden Vorbereitungen für den Einsatz des amerikanischen Militärs in den USA selber sind nicht die Ereignisse des 11. September 2001 oder die Gefahr, dass sie sich

wiederholen könnten. Vielmehr ist die innenpolitische Mobilisierung der Armee eine Reaktion des amerikanischen herrschenden Establishments auf die zunehmende politische Instabilität.

Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise droht die beispiellose gesellschaftliche Kluft, die die arbeitende Bevölkerung von der obszön reichen Finanzelite trennt, den bestehenden politischen Rahmen zu sprengen.

***Siehe auch:***

**[Säuberung bei der Air Force: wachsende Spannungen in einem militarisierten Staat \(10. Juni 2008\)](#)**

## **Schäuble setzt sich durch Bundeswehr gegen den inneren Feind**

Aus. Taz vom 05.10.08

Die Koalition ist sich einig über Einsätze der Bundeswehr zur Terrorbekämpfung im Inland. Die Armee kann damit bei Gefahren aus der Luft, zur See und zu Lande eingesetzt werden. VON CHRISTIAN RATH

Bundeswehrtruppen verteidigen die Freiheit künftig nicht mehr nur am Hindukusch, sondern auch in Deutschland. Foto: dpa

Die Bundeswehr soll künftig auch im Inland gegen Terroristen eingesetzt werden können. Auf eine derartige Grundgesetzänderung wollte sich der Koalitionsausschuss Sonntag Abend einigen. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verzichtete dabei auf manchen bisher umstritten Wunsch, dafür folgt die geplante "kleine Lösung" ganz seinen Vorstellungen.

Konkret geht es um eine Ergänzung von Artikel 35 des Grundgesetzes, der die Amtshilfe regelt. "Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, so kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen", lautet der Kernsatz der geplanten Änderung. Als abzuwehrender Unglücksfall gilt auch ein Terroranschlag.

Anders als von der SPD ursprünglich gefordert muss der Unglücksfall oder Anschlag nicht "unmittelbar" drohen; es genügt, dass die Polizei Indizien für einen zukünftigen Anschlag hat. Auch die zweite von der SPD einst geforderte Einschränkung entfiel. Eigentlich sollte die Bundeswehr nur zur Abwehr von Gefahren "aus dem Luftraum und von See her" eingesetzt werden. Jetzt ist auch der viel typischere Fall erfasst, dass Terroristen vom Boden aus agieren, also zum Beispiel einen Bahnhof in die Luft sprengen wollen.

Bisher darf die Bundeswehr vor und nach Unglücksfällen nicht mit militärischen Waffen eingesetzt werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht 2006 in seinem Urteil zum rot-grünen Luftsicherheitsgesetz entschieden. Um ein nur mit Terroristen besetztes Kleinflugzeug abschießen zu können, muss deshalb das Grundgesetz geändert werden. Auch der Abschuss eines unbesetzten Flugkörpers durch die Bundeswehr ist so möglich. Ausgeschlossen hat das Bundesverfassungsgericht nur den Abschuss entführter Passagierflugzeuge. Nicht einmal per Grundgesetzänderung dürfte eine solche Regelung demnach eingeführt werden.

Durch die geplante Vorschrift könnten auch Bundeswehreinräte wie beim G-8-Gipfel von Heiligendamm legalisiert werden. Dort hatte die Bundeswehr mit Tornado-Flugzeugen die Camps der Globalisierungsgegner fotografiert. Außerdem kamen Panzerspähwagen zum Einsatz. Nach einer Serie von Brandanschlägen befürchtete die Regierung auch Terroranschläge auf den Gipfel. Rechtlich begründet wurden die Militäreinsätze damals nur mit "technischer Amtshilfe". Dabei darf die Bundeswehr aber nicht in Grundrechte der Bürger eingreifen. Der Grünen-Politiker Christian Ströbele wertete den Bundeswehreinräte von Heiligendamm wegen seiner Einschüchterungswirkung als "verfassungswidrig".

Künftig könnte die Polizei im Fall einer Terrorwarnung gegen einen Staatsbesuch auch Panzer anfordern, zum Beispiel um Demonstranten in Schach zu halten, die Polizeimaßnahmen zum Schutz der Gäste behindern.

Innenminister Schäuble verzichtet im Gegenzug auf Bundeswehreinräte zum Objektschutz, gegen Piraten und im Quasiverteidigungsfall, die von der SPD abgelehnt wurden.

## FBI mit neuen Richtlinien USA: Rassistischer Polizeistaat festgeschrieben. »Ethnischer Hintergrund« genügt für Ermittlung

Von Rainer Rupp 09.10.2008 / [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

In den USA sind am 1. Oktober neue Richtlinien für die Bundespolizei FBI in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund der derzeit alles bestimmenden globalen Finanzkrise sind diese angeblich dem »Kampf gegen den Terror« dienenden Regeln in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet geblieben. Lediglich einige Bürgerrechtsorganisationen wie die »American Civil Liberties Union« (ACLU) haben mit Protestaktionen auf die eindeutig rassistische und polizeistaatliche Ausrichtung der Richtlinien hingewiesen. Nach Einschätzung der Organisation setzen diese die Schwelle für den Beginn einer Ermittlung erheblich herab. Künftig reiche schon der ethnische Hintergrund einer Person aus, um eine Untersuchung einzuleiten. Auch der Vorsitzende des Justizausschusses im Senat, der Demokrat Patrick Leahy, erklärte, FBI-Beamte dürften Verdächtige nun ohne Anzeichen für Gesetzesverstöße und ohne eine Genehmigung ihrer Vorgesetzten beobachten.

Dennoch haben US-Justizminister Michael Mukasey und FBI-Chef Robert Mueller letztes Wochenende versucht, das neue Regelwerk der Öffentlichkeit als harmlos vorzustellen. Vor dem Justizausschuß des US-Kongresses lobten sie es in den höchsten Tönen, weil es die US-Behörden in die Lage versetze, sich bei der Informationsbeschaffung zum Schutz vor Anschlägen an »einheitlichere, eindeutiger und einfachere« Vorschriften zu halten. Allerdings weigert sich die Bush-Administration hartnäckig, den genauen Wortlaut der Richtlinien vorzulegen. Zugleich versuchten FBI-Juristen bei einem Auftritt vor dem Kongreß den Eindruck zu vermitteln, man habe darin bereits den Bedenken von Bürgerrechtsorganisationen wie ACLU Rechnung getragen.

ACLU wies die Darstellung der FBI-Juristen zurück und verurteilte die neuen Befugnisse in einer Erklärung als »erschreckend« und als »Gefahr für die Privatsphäre unschuldiger Amerikaner«. Künftig kann »arabisches« Aussehen« schon ausreichen, ins Visier der Ermittler zu geraten.

## USA: China darf sich irakisches Öl sichern

Die chinesische staatliche Ölgesellschaft CNPC und der Irak schlossen Ende August einen Milliardenvertrag über die Ausbeutung des südlich von Bagdad gelegenen El-Ahdab-Ölfeldes. Damit steht ein Drittel der irakischen Erdölvorkommen für China zur Verfügung. Der Vertrag erneuert und ersetzt ein im Jahr 1997 geschlossenes Abkommen, laut dem Peking für ein 23 Jahre währendes Ausbeutungsrecht rund 700 Millionen US-Dollar gezahlt hatte. Aus diplomatischen Kreisen war zu vernehmen, dass für das nunmehr zeitlich unbefristete Recht etwa 3 Milliarden Dollar fließen werden. Es wurde eine Set-Fee, also ein fixierter Preis pro Barrel Öl, vereinbart.

Die tägliche Ölfördermenge liegt mit etwa 2,5 Millionen Barrel noch immer etwa ein Fünftel (500 000 Barrel) unter dem vor dem US-Einmarsch üblichen Tagesschnitt.

Quelle: Vertrauliche Mitteilungen Nr. 3787 vom 9.9.2008

\* \* \*

*me. Wie bitte? Die USA sitzen im Irak fest im Sattel, wird behauptet, und doch fließt ein Drittel des Erdöls nach China und dann noch für einen Fixpreis und nicht für den schwankenden und in der Tendenz steigenden Spot-Preis. Der Deal lief nur mit dem O. K. der Amerikaner. Die USA haben den Chinesen wohl Zugeständnisse gemacht, damit sie ihre wertlos werdenden Dollars nicht noch als Wirtschaftswaffe gegen Amerika einsetzen. Für 3 Milliarden Dollar können die Chinesen jetzt zeitlich unbefristet an der irakischen Tankstelle tanken. Was für ein Wahnsinnshandel. So einen hätte jedes Land gerne gemacht. Die Chinesen erhalten eine Entschädigung für die wertlos werdenden Währungsreserven in US-Dollars. Oder damit sie beim Angriff auf Iran ruhighalten, da dann irakisches Erdöl fließt. Man muss ein Auge haben auf ähnliche «Deals». Es könnte sein, dass die grossen Spieler vor der grossen Währungsreform und dem Dollar-Konkurs mit Rohmaterialien entschädigt werden. Öl ist immer Öl. Dollars haben nur den inneren Wert des Papiers. Denken andere Regierungen auch so weit voraus wie die Chinesen? In der Schweiz? In Österreich? •*

Nr.38 vom 15.9.2008 © 2006 Genossenschaft Zeit-Fragen



